

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

14 (17.1.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Streifenanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Restante-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, der bei Nichterhaltung des Zahlungsplanes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Anstufung außer Kraft tritt. Die Erfüllungsorte sind: Karlsruhe L. 2. o. Schloß der Anzeigen-Anstalt 8 Uhr vormittags.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Dbr. Zustellung 2,20 Mark o. Dbr. durch die Post 2,00 Mark o. Dbr. Einjahrespreis 10 Pfennig o. Dbr. 6 mal wöchentlich samstags 11 Uhr o. Dbr. 2000 Karlsruhe o. Dbr. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. Weidstraße 28 o. Dbr. 1020 und 1021 o. Dbr. Verlags-Druckerei: Durlach, Hauptstraße 9. D.-Boden, Jaghausstraße 12. Redaktion: Hauptstraße 2. Odenburg, Republikstraße 4

Nummer 14

Karlsruhe, Samstag, den 17. Januar 1931

51. Jahrgang

Europakonferenz in Genf

Vorstöße von Curtius zwecks Ausweg aus Wirtschaftskrise
Niederschmetternder Bericht Colijns

Genf, 16. Jan. (Eig. Draht.) Am Freitag vormittag eröffnete der französische Außenminister Briand die Tagung des Studienausschusses für die europäische Einigung. Entgegen den früheren Dispositionen war die Sitzung sofort öffentlich, wie man hört hauptsächlich durch die Beisehung Colijns, sein Wirtschaftsreferat nur vor den Staatsmännern zu halten.

Briand

Begrüßte die Konferenz mit dem Wunsch, daß das neue Jahr den Völkern mehr Glück bringen werde als das vergangene. 27 Staaten hätten sich in Genf vereinigt zu einem Werk der Hilfe. Die Völker erwarteten nicht mehr als nur Veröffentlichungen und Erklärungen. Frankreich schloß sich ganz den gemachten Vorschlägen an. Heute liege der Bericht des Generalsekretärs vor als Grundlage der Arbeit. Außerdem seien Anregungen der Regierungen vorhanden. Auch das Memorandum des Direktors des Internationalen Arbeitsamts sei sehr interessant und müsse beachtet werden. Heute schon könne gesagt werden, daß Herr Colijn der Konferenz einen Überblick über die Wirtschaftskrisen geben werde, ebenso sei der Bericht über die Agrarkrisen unbedingt zur Verhandlung reif. In seiner Ansprache wies Briand wieder auf die weiter fortgeschrittene Zerrüttung der europäischen Wirtschaft hin, die den verantwortlichen Staatsmännern die Pflicht auferlege, gemeinsam nach Mitteln zur Wiederherstellung des gehörten Gleichgewichts zu suchen.

Reichsaußenminister Curtius

meldete sich überraschend selbst für die deutsche Delegation als erster Redner zu Wort. Er betonte, es könne seine Aufgabe nicht sein, Briands schöne Friedensverkündung zu ergänzen. Die Wiederaufnahme der Deutschen Reichsregierung sei in den Antworten auf die Europafrage festgelegt. Die deutsche Regierung erbreite eine wahre Friedenspolitik und einen gerechten Ausgleich auf dem Boden voller Gleichberechtigung. Herr Briand habe die Wirtschaftskrisen in den Vordergrund gestellt. Gerade Deutschland werde umgekehrt unter dieser Krise leiden.

Man brauche nur an die 4,3 Millionen Arbeitslosen und an die schwere Kapitalflucht in Deutschland zu denken, um zu wissen, daß für Deutschland die Lösung der Wirtschaftskrisen eine Existenzfrage sei.

Dabei sei er auch einverstanden, mit den Wirtschaftskrisen die Beratungen zu beginnen und über den Agrarkredit ebenfalls bald zu verhandeln. Herr Colijn solle möglichst sofort sein Referat halten. Es seien einige Punkte bis zu der letzten Tagung verschoben worden. So die Frage der Organisation des Sekretariats und die Ausübung von Nichtmittelschlichtungen des Völkerbundes. An diesen Fragen dürfe unter keinen Umständen vorbegegangen werden, genau so wenig an den wichtigen Anregungen der bündischen Regierung. Er bitte dringend um Mitteilung, wann diese Fragen behandelt würden. Sie müßten unbedingt während der gegenwärtigen Tagung erledigt werden.

Briand

antwortete sehr höflich, daß natürlich alle Anregungen in dieser Tagung behandelt würden. Bezüglich der Einladung an Nichtmittelschlichtungen.

gieder tauche die Frage auf, zu welchem nützlichen Zeitpunkt sie einzuladen seien, ob bei der Beratung der Organisation oder erst nach Festlegung der europäischen Organisation. Zuerst aber müsse die Wirtschaftsfrage und der Agrarkredit behandelt werden. Es liege an der Kommission, sofort über diese Methode zu entscheiden.

Italiens Außenminister Grandi

zählt die Vorbedingungen auf, die nach Meinung der italienischen Regierung für eine wirkliche europäische Einigung gegeben seien: 1. Die Gleichheit aller Staaten in politischer und juristischer Beziehung, 2. die gleiche Abweisung für alle Staaten, 3. die Teilnahme aller in Europa gelegenen Staaten, 4. die Erörterung aller konkreten Probleme. Besonders eindringlich bestand Grandi auf der sofortigen Hinzuziehung Rußlands und der Türkei.

Englands Außenminister Henderson

schlug dann vor, eine Geschäftsordnungs-Kommission für die weiteren Verhandlungen zu bilden. Dem wurde entsprochen. Ihm gehören u. a. Henderson als Vorsitzender und Curtius an.

In der Nachmittags-sitzung gab

Colijn

einen scharf gehaltenen Überblick über die bisherige wirtschaftliche Arbeit in Europa. Er zählte auf, daß alle Konferenzen nur zu einem Mißerfolg geführt hätten. Es sei zwecklos, die Wahrheit darüber verschleiern zu wollen. Nach vierjähriger harter Arbeit sei die Situation schlechter als 1927, ja man ginge ständig rückwärts. Daher hätten die Völker jedes Vertrauen in die wirtschaftliche Arbeit des Völkerbundes verloren.

Zu dieser Gefahr komme noch die andere, daß die wenigen maßgebenden Kräfte, die sich dem Protektionismus noch entgegenstemmen, am Ende ihrer Kraft seien. Verschwinden auch sie, dann liege Europa den süßelosen Wüßlingen der Gruppen oder Parteien ausgeliefert, die sie aus Sonderinteressen oder Wahlbedürfnissen durchführen, ohne sich im mindesten Sorgen über die internationalen Rückwirkungen zu machen.

Ziel einer vernünftigen europäischen Wirtschaftspolitik sei die Schaffung eines großen Marktes und der Ausgleich aller Interessen.

Da es bis dahin noch sehr weit sei, könne ein Teil der Gefahren abwandert werden durch einen

wirtschaftlichen Zollwettbewerbszustand,

der sofort in Kraft gesetzt werden müsse, dann durch erfolgreiche Verhandlungen, die jetzt zwischen je zwei Parteien eingeleitet seien. Colijns Schluß, indem er darüber Auskunft gab, daß man noch Erfolg haben könne, wenn die Konferenzen den Willen habe, ohne Zögern zu handeln.

Henderson schlug vor, die Diskussion auf Samstag zu vertagen, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, den wichtigsten Bericht genau zu studieren und sich darüber mit ihren Regierungen verständigen zu können. Die Konferenz beschloß dementsprechend.

USA. der Wirklichkeit

Von unserem Korrespondenten

New York, im Januar. (Eig. Bericht.)

Amerika hat das Jahr 1930 ohne Bedauern, ja mit einem erleichterten Aufatmen schließen sehen. Was heute über der amerikanischen Union an Sorgen, Nöten und Kümernissen liegt, verknüpft sich eng mit dem vergangenen Jahre und seinem verhängnisvollen Ring von Geschicknissen, die weit über Börsen- und Spekulantentriebe hinaus Millionen von Arbeitern, Angestellten und Kleinbauern in ihren Bann zogen. Auch diesmal sind die wahren Opfer der Krise, deren erstes Anzeichen das Krachen des Börsengebälges gewesen war, diejenigen, für die Wallstreet nur ein Schlagwort und ein vager Begriff bedeutete. Mit Haus und Heim und Existenz haben sie die Störungen eines wirtschaftlichen Nadelwertes bezahlen müssen, dessen Mechanismus sich ihrer Kontrolle entzieht.

Um sich über die amerikanische Wirtschaftskrise in ihren innigen Wechselwirkungen mit den internationalen Depressionserscheinungen überhaupt ein Bild zu machen, muß man sich ihre Vorbedingungen und ihre laminartigen Auswirkungen vorerst nüchtern vor Augen führen. Eine der ausgesprochensten Charakteristiken der Krise war die Ueberrückung und das völlige Ungerücktein, mit dem die amerikanische Wirtschaft der heranrückenden Sturmflut entgegentrat. Wohl nirgendwo hatte sich der Glaube, daß Wirtschaftskrisen einer vergangenen Periode angehörten, so sehr Bahn gebrochen als gerade in Amerika. Wirtschaftskrisen, die mit Prosperitäts-schlagworten gewissermaßen großgezogen worden waren, hatten die einfachsten Wirtschaftsgehe in die Erde gestellt und sich rückwärtslos der Union verkauft, daß in Amerika eine Art wirtschaftlichen goldenen Zeitalters angebrochen sei. Die Ernüchterung im Jahre 1930 mußte um so fühlbarer sein.

Zwar war es richtig, daß schon das letzte Vierteljahr 1929 hohe Sturmeisen gezeigt hatte, die sich zu Börsenun-sammenbrüchen und ihren unvermeidlichen Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben der Nation verdrängten. Aber niemand der angeblichen großen Wirtschaftsleuchten Amerikas glaubte an eine anhaltende und sich ständig schärfer auszeichnende Unterhöhnung der wirtschaftlichen Tragfläche der Nation, ein Glaube, der überdies an der vorübergehenden Erholung im ersten Vierteljahr 1930 starke Nahrung fand. Hatte doch die im Schatten der Börsenkrise beträchtlich gesunkene Industrieproduktion in diesen Monaten einen nennenswerten Auftrieb erfahren und Besserungen gezeigt, die wie bei der Stahlindustrie bis zu 43 Prozent gingen. Auch die Börsen zeigten ähnliche Erholungszeichen, so daß selbst vom Publikumsstand-punkte die Prophezeiung eines baldigen Krisenendes gerechtfertigt erschien.

Trotz dieser Hoffnungs-signale blieb eine latente Nervosität bestehen, die sich in allgemeiner Kaufzurückhaltung äußerte und durch Krisenstichworte aus dem Auslande nicht unbedeutend gefördert wurde. Gerade wer sich darüber klar ist, daß Wirtschaftskrisen nicht nur nüchterne Rechen- und Produktions-exempel, sondern das Ergebnis bestimmter Geistes-verfassungen und tiefeinschneidender seelischer Faktoren sind, wird dieser Frage in einem Lande, das unverantwortlichen Wirtschaftskrisen seit jeher den erdenlich größten Spielraum gelassen hat, mehr als vorübergehende Bedeutung beimessen. Im April kam dieses nervöse Anbehagen gleich einem schlechenden Fieber wieder zum Ausbruch, das bis heute allen Heilverfahren hartnäckigen Widerstand entgegengekehrt hat.

Zahlen sprechen überzeugender als es alle Worte können. Die Preise der Stapelartikel fielen im Jahre 1930 um 18,4 Prozent und erreichten damit den Preisstand von 1916. Der Weizenpreis ging um 45,4 Prozent zurück, Baumwolle fiel um 45,4 Proz., Kupfer um 47,1 Proz. und Gummi um 55 Prozent. Die Bundesregierung bezifferte die dadurch eingetretene Wertverminderung des amerikanischen Ernteertrages auf über 2,4 Milliarden Dollar oder 27,5 Prozent weniger als der Ernteertrag des Jahres 1929. Die Stahlproduktion ging um 14 Millionen Tonnen oder 27 Prozent zurück, die Autoproduktion um über 1,5 Millionen Wagen oder 35,5 Prozent unter der Produktionsziffer 1929. Eisenbahnfrachten schrumpften um 20 Prozent auf die Ziffer des Jahres 1922 ein; die Nettoeinnahmen der Eisenbahnen waren 30 Prozent geringer als im Vorjahre. Weizen sank auf das Preisniveau des Jahres 1906, Baumwolle erreichte den Preisstand der Kriegspanik von 1914. Vorkaufpreise fielen 44,3 Proz. und erreichten den Tiefstand vom Januar 1927. Auswärtige Bonds waren stark durch die revolutionären Erschütterungen in Südamerika und nicht zum wenigsten durch den deutschen Währungsfall beeinflusst, der sich nach wie vor ungünstig auf die Geistesverfassung der amerikanischen Finanzwelt auswirkte. Der amerikanische Export zeigte gegenüber der Vorjahre einen Wertrückgang von 25 Prozent und einen Mengenrückgang von 20 Prozent, während Importe wertmäßig zwar um 30 Prozent, mengenmäßig aber nur um 15 Prozent schrumpften.

Und die unmittelbaren Auswirkungen dieser Tatsachen auf die amerikanischen Massen? Trotz aller Feststellungsschwierigkeiten der gesamten Arbeitslosenzahl, die wechselnd zwischen 6 und 8 Millionen geschätzt wird, kann gesagt werden, daß der allgemeine Beschäftigungsrückgang in den Industrien rund 15,4 Prozent ausmacht. Das ist der niedrigste Beschäftigungsstand seit dem Jahre 1922, in welchem die Arbeitsaufstellungen des Labour Bureau begonnen wurden. Kommt noch hinzu, daß außer schönen Redensarten sehr wenig für die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten getan wird und sich der Kampf gegen das täglich wachsende Ma-

Englische Textilaussperrung

Schwere Arbeitskämpfe als Rationalisierungsfolge

Das brutale Unternehmertum bekommt nie genug London, 17. Jan. (Zunächst.) Voraussichtlich werden am Montag die 150 000 Streikenden Bergarbeiter von Südwales in ihre Gruben zurückkehren. Sie haben einmütig den Antrag der Unternehmer auf Arbeitszeit und Arbeitslohn erfolgreich abgelehnt.

Am gleichen Tage schließen jedoch die Baumwollfabriken von Lancashire ihre Tore und werfen damit 220 000 Arbeiter auf die Straße.

Bevor Außenminister Henderson nach Genf reiste, weilte er noch einmal in dem Kampfgebiet, um zu vermitteln, denn wenn die Webstühle ruhen, müssen auch die Spinnereien erliegen und die Aussperrung von 220 000 Webern muß automatisch die Brotlos-machung von weiteren 280 000 Spinnereiarbeitern nach sich ziehen. Hendersons Bemühungen waren vergeblich.

Freitag nacht sind die seit Tagen in Lancashire geführten Vermittlungsversuche der Arbeiterregierung endgültig gescheitert. Nach einer 10 Stunden dauernden Sitzung wurden die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ergebnislos abgebrochen. Nicht einmal ein Aufschub der Aussperrung konnte von den Rationalisierungsunternehmern erreicht werden. Am Samstag mittag werden 220 000 Arbeiter der Lancashire Baumwollindustrie die Fabriken verlassen. Damit beginnt einer der schwersten Kämpfe der britischen Arbeiter.

Infolge der Rationalisierung der Baumwollindustrie soll ein Arbeiter statt wie bisher 4 Webstühle in Zukunft 8 Webstühle bedienen. Gleichzeitig wollen die Unternehmer den doppelt beschäftigten Webern einen noch geringeren Lohn als bisher geben. Die Arbeiter hingegen verlangen die Beibehaltung der bisherigen Löhne und gleichzeitigige Verbesserungen, die die Brotlosmachung weiterer Arbeitermassen verhindern. Gegenwärtig sind bereits 45 % der Arbeiter der Baumwollindustrie seit Jahr und Tag beschäftigungslos.

Einladung Rußlands und der Türkei zur Europakonferenz

Paris, 16. Jan. Wie Savas aus Genf meldet, glaubt man in Kreisen der Europakonferenz, daß in der morgen vormittag stattfindenden Geheimnisung des Studienausschusses für die Europaab-beratung beschlossen werden wird, die Sowjetunion und die Türkei einzuladen, an den weiteren Arbeiten des Studienausschusses teilzunehmen.

Sieg der Labour Party in East-Bristol

London, 17. Jan. Die durch den Tod eines Abgeordneten der Arbeiterpartei in East-Bristol notwendig gewordene Erloswahl hat mit dem Siege der Kandidaten der Arbeiterpartei, der ein Mehr von 1124 Stimmen erzielte, geendet. Die Wahl, deren Ergebnis mit Spannung erwartet wurde, erhielt ihr Gebrähe dadurch, daß in East-Bristol zum ersten Mal seit 20 Jahren ein Kandidat der Konservativen aufgestellt wurde.

senelend nur in der Form privater Wohltätigkeit auswirkt, so ist das Bild Amerikas komplett. Es ist nicht erheben und nichts, worauf sich die angeblich so weit vorausgehenden amerikanischen Wirtschaftsführer und Industriepolitiker etwas einbilden können. Das Jahr 1931 wird schlagend zeigen, ob und wie sich Kapital und Arbeit in Amerika mit dem zwangsläufigen Kreislauf der heutigen Gesellschaftsordnung auseinander zu setzen vermögen.

Schwere Unruhen in Bombay

Bombay, 16. Jan. (Eig. Draht.) Der vom allindischen Kongress für Freitag ausgerufenen Trauertag für die vier hingerichteten Indier und die Abwehrmaßnahmen der Regierung haben zu den heftigsten Unruhen geführt. Es war der heißeste und schwärzeste Tag in der Geschichte des allindischen Kampfes. Kaum hatte der Morgen gedämmt, als in Bombay bereits die ersten Demonstrationen begannen und damit die ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die gesamten Bombayer Polizeikräfte, über 5000 bewaffnete und unbewaffnete Soldaten waren auf den Straßen und Plätzen versammelt, um die Massen zu zerstreuen. Bis zu Mittag wurden bereits über hundert Einzelpersonen verletzt, mehr als hundert Personen schwer verletzt in die Krankenhäuser gebracht und viele hundert Demonstranten durch Stockschläge leicht verwundet. Ferner wurden Hunderte von Personen verhaftet, die Straßenbahnen aufhielten oder Steinbombardements eröffneten oder die Eingänge zu den Schulen, Kneipen und Geschäften verriegelten. Die Mehrzahl der Geschäfte und Fabriken waren geschlossen. Etwa 100 000 Arbeiter hatten sich an den Umzügen und Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen beteiligt. In einer besonders gefährlichen Stelle machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und verletzte zwei Demonstranten. Die Demonstrationen und Kämpfe dauerten bis in die Nacht.

Weißrussische Militärorganisationen?

Paris, 16. Jan. (Eig. Draht.) In der Kammer richtete der kommunistische Abgeordnete Doriot an die Regierung die Frage, ob ihr die Existenz einer geheimen Militärorganisation der weißrussischen Emigrantenverbände in Frankreich bekannt sei. In einem der russischen Emigrantenblätter habe kürzlich Herr Miller, der nach dem juristischen Verstand des Generals Rutikoff zum Oberbefehlshaber der weißrussischen Organisation ernannt worden ist, einen Artikel veröffentlicht, in dem es geheißen habe, daß die russische Militärakademie in Paris sechshundert junge Kassen zu Offizieren ausgebildet habe. Ähnliche Akademien beständen auch in anderen europäischen Hauptstädten. Die gesamte Stärke des weißrussischen Heeres hat General Miller mit über 100 000 Mann angegeben.

Liga pazifistischer Kriegsteilnehmer in Frankreich

Paris, 16. Jan. (Eig. Draht.) Unter dem Vorsitz des republikanischen Abgeordneten Blanche hat sich in Frankreich eine Liga der pazifistischen Kriegsteilnehmer gebildet, die mit einer recht entschiedenen Programmklärung an die Öffentlichkeit tritt. Man dürfe, so heißt es darin, sich nicht mehr mit schönen Worten und Friedensversicherungen begnügen, sondern man müsse den Chauvinismus mit allen Mitteln bekämpfen. Vor allem sei die kraftvolle Verfolgung der Vorbereitung aller Kollisionsfälle gefordert worden.

Bildungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose

Das Reichsarbeitsministerium und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvermittlung haben, um zu verhindern, daß bei längerer Beschäftigungslosigkeit die Jugendlichen in ihrem Willen zur rationellen Arbeit geschwächt, in ihrer Arbeitsfähigkeit geschädigt und schließlich körperlich, geistig und sittlich gefährdet werden, die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter angewiesen, während der kommenden Wintermonate berufliche Maßnahmen, insbesondere für die jugendlichen Arbeitslosen zu treffen und zu fördern. Die Teilnahme an den Bildungsmaßnahmen wird nicht nur den unterrichtsberechtigten Jugendlichen, sondern auch solchen Jugendlichen ermöglicht, auf die sich nach den gesetzlichen Vorschriften die Maßnahmen der Reichsanstalt nicht erstrecken. Reichsarbeitsminister und Reichsanstalt haben erhebliche Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Die Hilfe aller öffentlichen und privaten Stellen, die an der Betreuung der Jugendlichen beteiligt sind, wird ausdrücklich für nötig gehalten. Die enge Zusammenarbeit mit allen diesen Stellen ist den Arbeitsämtern zur unbedingten Pflicht gemacht. Wegen der Zusammenarbeit mit diesen Organisationen ist der Reichsarbeitsminister auch an die Länderregierungen heranzutreten. Er hat empfohlen, ähnliche Vorschriften wie der preussische Minister zu erlassen. Dieser hat die Verwendung der noch vorhandenen Mittel für Jugendpflege usw. vorwiegend für die Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen anzuordnen.

Küpelton der Nazis

Berlin, 16. Jan. (Eig. Draht.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags kam es am Freitag zu einem Krach. Als der nat.-soz. Abgeordnete Albrecht sich in beleidigenden Ausdrücken gegen andere geäußert hatte, schrie der Vorsitzende ein und ermahnte den Redner, sachlich zu bleiben, große Parteien nicht zu beleidigen und nicht persönlich verletzend zu sein, wie gegenüber dem Abg. Müller-Franken. So stürmische Verhandlungen im Laufe der Jahre auch schon gepflogen worden seien, so habe er doch noch niemals notwendig gebabt, von Ordnungsmaßnahmen Gebrauch zu machen. Wenn die Mitglieder der nationalsozialistischen Partei in diesem beabsichtigen, in der von dem Abg. Albrecht eingelegenen Tonart weiter zu verhandeln, so würde er ungerne, aber rücksichtslos alle ihm stehenden Abwehrmaßnahmen zur Anwendung bringen. Für diejenigen Mitglieder, die die Geschäftsordnung nicht genau kennen, bemerkt er, daß alle dem Präsidium für die Verhandlungen im Plenum stehenden Befugnisse streng nach dem Ausschussvorsitzenden für die Ausschussberatungen stünden.

Der nationalsozialistische Redner trat sofort einen Rückzug an, indem er ausführte, er und seine Freunde seien die Art, wie sie sprechen, von ihren Volkserwartungen her gewohnt, aber sie würden sich schon noch abstellen. Abg. Albrecht hielt dann eine einstündige sachliche Rede.

Heberfall

OMB. Oberstein, 16. Jan. Der Schriftleiter des sozialistischen Abwehrboten, Josef Hüllenboch, wurde von einem Nationalsozialisten angegriffen. Er wurde mit Kopfverletzungen, Blutüberstrom in seine Wohnung geschickt.

Preissenkungsaktion

Verordnung über die Markenartikel

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Die Reichsregierung hat zur Förderung des weiteren Preisabbaus eine Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen. Als Markenartikel gelten nach der Verordnung solche Waren, die entweder selbst oder deren Umhüllung oder Ausstattung mit einem ihre Herkunft kennzeichnenden Merkmal (Firma, Wort oder Bildzeichen u. ä.) versehen sind. Der Verkäufer mit diesen Waren fällt aber nur dann unter die Verordnung, wenn der Lieferant dem Abnehmer durch Verpflichtungsschein (Konters) durch den Verkauf seiner Geschäftsordnungsbedingungen oder auf andere Weise verpflichtet hat, die Ware nur zu einem bestimmten Preis an den Verbraucher weiter zu verkaufen. Diese Preisbindungen sollen nach dem Inhalt der Verordnung dann hinfällig sein, wenn der festgesetzte Preis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreis nicht um mindestens 10 Proz. ermäßigt ist. Soweit eine solche Preisbindung bisher noch nicht erfolgt ist, werden also die an dem Verkauf mit Markenwaren beteiligten Wirtschaftskreise — Erzeuger, Großhändler und Einzelhändler — befreit sein müssen, sich binnen kürzester Zeit zur Vermeidung des Verlustes des Rechtsschutzes im gegenseitigen Zusammenwirken über den geforderten Preisabbau zu verständigen. Nach der Meinung der Regierung sollte in der Regel vermieden werden, daß die Senkung des Verbraucherpreises ausschließlich zu Lasten einer der beteiligten Wirtschaftskreise erfolgt. Einer Preisermäßigung würde es gleich zu achten sein, wenn

unter Beibehaltung dem am 1. Juli 1930 geltenden Nominalpreises eine entsprechende größere Menge der Waren geliefert wird. Dagegen würde eine Senkung des Nominalpreises unter gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Menge nicht als eine Preislenkung im Sinne der Verordnung gelten können. Solche Markenwaren, die am 1. Juli 1930 überhaupt noch nicht gehandelt wurden, fallen nicht unter die Verordnung.

Das Anwendungsgebiet der Verordnung ist sachlich auf die preisgebundenen Markenartikel und gleichzeitige wichtigen Warengebiete beschränkt. Diese sind, soweit Lebensmittel in Betracht kommen, in der Verordnung ausdrücklich genannt. Zum anderen werden sie in einer gleichzeitigen mit der Verordnung ergehenden Bekanntmachung arumpreiseläßig aufgeführt. Um eine möglichst frühbare Preislenkung mit alsbaldiger Wirkung zu erreichen, steht die Verordnung von einer individualisierenden Regelung ab und trifft alle Vorchriften. Zur Abwendung unvorhergesehener erheblicher wirtschaftlicher Nachteile ist eine, allerdings sehr eng geogene Härtebestimmung aufzunehmen.

Andererseits bleibt in solchen Fällen, in denen eine Senkung des Preises um 10 Prozent noch nicht für ausreichend zu erachten ist, die Möglichkeit offen, auf Grund der Vorchriften des fünften Abschnittes der Verordnung vom 28. Juli 1930 weitergehende Maßnahmen zu ergreifen.

60 Jahre Reichshauptstadt

Zu den Reichsgründungsfeiern — Die erste Reichstagswahl — „Kera Teffendorf“ — Polizeiüber Berlin — Aus den Kampftagen der Berliner Sozialdemokratie

Am Sonntag, den 18. Januar, ist Berlin 60 Jahre Reichshauptstadt.

Die Entwicklung der Reichshauptstadt von der preussischen Königstideus zur europäischen Weltstadt ist mit der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung von den Anfängen bis zu ihrer heutigen machtvollen Gestalt, die allen Anaristern von links und rechts ohne Einschränkung stand hält, eng verbunden.

Schwer und mühsam waren die Anfänge der Bewegung. Als man 1871 das erste Parlament des neuen Reiches wählte, wurden für den einzigen sozialdemokratischen Kandidaten Braun in ganz Berlin 1982 Stimmen abgegeben — in den proletarischen Bezirken des Berliner Nordens stimmten 82 (!) Arbeiter für den sozialistischen Kandidaten. Aber schon die folgenden Jahre mit ihren wirtschaftlichen Krisen trugen Bewegung in die Berliner Arbeitermassen. Lohnforderungen, Kämpfe um den Achtstundentag führten zu großen Streiks und Ausbreitungen. Mit der Gründung des „Berliner Arbeitervereins“ trat das Berliner Proletariat in den organisierten wirtschaftlichen Abwehrkampf. 1878 erkämpften sich zum ersten Male die Tischler den Achtstundentag aufammen mit einer 33-prozentigen Lohnerhöhung. Im gleichen Jahre wird der Berliner Arbeiterverein und „Mädchenverein“ gegründet — die Frauen reihen sich in die proletarische Kampffront ein. Die Bewegung markiert, Ueber 9000 Stimmen bringen diesmal die Reichstagswahlen den Sozialdemokraten. Zwar köhnt die bürgerliche Presse noch: „Berlin ist der Schimpf eriarzt geblieben, einen Sozialdemokraten in den Reichstag ziehen zu lassen“, aber die Sozialdemokratie ist nun ein Faktor geworden, mit dem man im politischen Tageskampf rechnen muß.

Beunruhigt sieht Bismarck auf die wachsenden Erfolge der Bewegung. 1874 holt er den verächtlichen Staatsanwalt Teffendorf nach Berlin. Das Ziel dieses fanatischen Sozialistenfreijers ist kein geringeres, als die sozialistische Bewegung mit aller Macht abzuwürgen. Aber die Kera Teffendorf, die mit Gefängnis- und Justizausstrafen gegen die Berliner Sozialisten wütet, die den ganzen Polizeiparagrafen gegen sie spielen läßt und mit Hilfe des berüchtigten normalistischen preussischen Vereins- und Verammlungsrechtes die Arbeiterbewegung, die von Tag zu Tag mehr Anhänger gewinnt, zu zerlegen verucht, ist nur das Vorpiel von dem brutalen Terror des Sozialisteneinriches, mit dem Bismarck die ganz Sozialistebewegung ausrotten möchte. Der Erfolg Teffendorfs ist vorläufig, daß 1877 die Berliner Sozialdemokraten 31 576 Stimmen und einen Vertreter im Reichstag erhalten. Trotz Polizeiterror und Entehrung der Führer. In den Spalten der liberalen Blätter herrscht Bestürzung: wo soll das hinaus? Diese unbehagliche Partei gewinnt in allen Kreisen der Bevölkerung an Einfluß. Schon droht ihr die Wiltigung Bismarcks Steuergelees — da geschehen die Kaiserentente.

Am 11. Mai 1878, nachmittags 3 1/2 Uhr, gibt der 21jährige Kämpfer Max Hübner vor dem Saule der russischen Botschaft aus einem alten Fackelrevolver drei Schüsse auf den vorbeifahrenden Kaiser ab, die alle fehl gehen. Sofort telegraphiert Bismarck aus Friedrichshagen: Ausnahmegelees gegen die Sozialisten! Der Reichstag lehnt das Willkürgelees ab. Acht Tage später fallen die Nobilings Schüsse. Als nun noch die bürgerlichen Blätter verlegen melden: Nobiling habe mit den Sozialisten sympathisiert, bekennt eine wüste schamlose Seite gegen die So-

zialdemokratie. Massenhaft werden sozialistische Arbeiter auf Grund von Denunziationen entlassen. Aber trotzdem grenzenloser Polizeiterror die Wahlarbeit unmöglich macht, erhalten im gleichen Jahr die Berliner Sozialdemokraten 65 147 Stimmen. Am 21. Oktober 1878 tritt das Ausnahmegelees, das der Reichstag mit 73 Stimmen Mehrheit annimmt, in Kraft: nun regiert der Polizeistadel in Berlin. In keiner zweiten deutschen Stadt tritt das „Gelees“ gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen“ mit solcher Härte in Anwendung wie in Berlin. Sofort werden alle Vereine aufgelöst, die Kassen beschlagnahmt, die Zeitungen verboten, alle Versammlungen untersagt. Mit der Verbannung des kleinen Belagerungsstütztes über Berlin beginnen die Ausweilungen, die mit schonungsloser Brutalität durchgeführt werden. Gegen 300 Berliner Sozialisten, alles Familienväter, vielfach keine Geschäftslente, mit ihren 500 Angehörigen werden in der Zeit des Ausnahmegelees in Verbannung und bitterste Not geirlebet. Das Fortbestehen der Partei unter diesem Terrorgelees, dessen erstes Paragraoh sozialdemokratische Vereine überhaupt verboten, wurde mehr als einmal durch die Schiften der Polizei in Frage gestellt. Aber immer wieder gelingt es, die Polizei zu täuschen, die Verbote zu umgehen und mit Einleitung von Gut und Freiheit zielbewusste Agitation zu treiben, so daß trotz aller Verbotsarbeiten und Verbannungen die Parteiarbeit weiter vorwärts schreitet kann. 1887 — neun Jahre nach Inkrafttreten des Sozialistengelees, sind die Sozialdemokraten mit 93 000 Stimmen die stärkste Partei in Berlin — längst schon sitzen ihre Vertreter im Stadtparlament: das Gelees bringt die entgegengesetzte Wirkung — es stärkt die Bewegung, obwohl es sie vernichten sollte. Alle Willkürakte und auch der 1887 nochmals verordnete Belagerungsstand können an dieser Festhaltung nichts ändern.

Noch größer ist der Erfolg im Frühjahr 1890 bei den Reichstagswahlen, kurz vor Ablauf des Sozialistengelees, die den Sozialisten einen geradezu übermächtigen Sieg bringen: 159 000 Stimmen wurden für sie in Berlin abgegeben. Angeheuer Jubel herrscht in den Berliner Arbeiterquartieren. In diesem Jahr feiern auch zum ersten Male Tausende sozialistischer Arbeiter in Berlin den 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit, ohne sich durch die Maßnahmen der Unterneher, Arbeitsperre und Entlassungen hindern zu lassen.

Nach dem Fall des Sozialistengelees ist es endlich möglich, die zerstörten Parteiorganisationen wieder aufzubauen und damit auch äußerlich einen festen Zusammenhang zu schaffen. So bekommt Berlin seine öffentliche sozialdemokratische Organisation in Gestalt der Wahlvereine, die in der Folgezeit verbessert und weiter ausgebaut werden. Immer selbstbewusster tritt der Arbeiter in den politischen Tageskampf ein. 1907 löst allein Berlin sieben sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag.

Nationalsozialistischer Bürgerchaftspräsident

Hilfsdienste der Kommunisten und Volkspartei
Bremen, 16. Jan. (Eig. Draht.) Die neuernannte Bremer Bürgerchaft trat am Freitag zu ihrer konstitutionellen Sitzung zusammen. In der Stichwahl wurde der Nationalsozialist Bernhard mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und seiner Parteifreunde gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Präsidenten gewählt. Die Auszuga der Wahl wurde nur dadurch möglich, daß die Kommunisten auch in der Stichwahl für ihren völlig ausschließlichen Kandidaten stimmten.

Senatspräsident Lorenz gestorben
Leipzig, 16. Jan. Am Alter von 63 Jahren ist in der Nacht zum Freitag nach längerem Leiden der Senatspräsident am Reichsgericht, Karl Lorenz, gestorben.

Rückzug der Beamtengehälter in Argentinien
Buenos Aires, 16. Jan. Die argentinische Regierung hat beschlossen, zur Ausgleichung des Defizits die Beamtengehälter um 10 Prozent zu kürzen. Durch diese Maßnahmen würden 85 Millionen Pesos eingespart werden.

Naziromdys verletzen Reichsbannerleute

Bernierode, 16. Jan. (Eig. Draht.) Als Reichsbannerleute am Donnerstagabend eine Nazidemonstration belauschen wollten, in der der Naziminister Franzen sprechen sollte, ohne jedoch zu erscheinen, wurden sie am Saaleingang mit Stöcken beworfen und zum Teil mit Steinwürfen niedergeschlagen. Mehrere Reichsbannerleute wurden verletzt. Die Polizei herrte schließlich das Lokal. Während der Verammlung wurde aus dem Saal mit Biergläsern auf die im Garten wartenden Personen geworfen. Die Polizei löste dann die Verammlung auf, ließ aber keinen Verammlungsbesucher aus dem Saal heraus. Unterdessen hatten sich vor dem Lokal etwa 1000 Reichsbannerleute angesammelt. Nur ihrer Disziplin ist es zu verdanken, daß es zu weiteren Zusammenstößen nicht gekommen ist.

Die Hauptredelführer der Nazis sind bereits polizeilich festgenommen.

Gefängnis gegen Gumminüppel

OMB. Berlin, 16. Jan. (Eig. Meld.) Der Kaufhoffer Gültrow, der Mitglied der Bismarckringung ist, wurde heute vom Schnellrichter zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einer Verammlung der Deutschnationalen Volkspartei einen Gumminüppel bei sich gehabt hatte.

Kampfanlage des Reichsbanners

Magdeburg, 17. Jan. (Funkdienst.) In der überfüllten Stadthalle in Magdeburg sprach der Bundesführer des Reichsbanners, Söfka, über die Reichsbannerparole: „Marschier! am 22. Februar für die Befreiung Deutschlands von politischen Gläubigern.“

Goebbels

kündigt den Entscheidungskampf an

Große Worte sind noch lange keine Taten

W. Berlin, 17. Jan. (Eig. Meldung.) Gestern Abend hielt der nationalsozialistische Gauleiter, Hr. Dr. Goebbels, im Kriegerehrenhaus vor einer überfüllten Versammlung seine erste diesjährige Rede in Berlin. Unter hübschem Beifall seiner Parteifreunde kündigte er der, wie er sich ausdrückte, „herrschenden Rechtslosigkeit“ einen Entscheidungskampf an.

Geheimverhandlungen Hitlers mit Schwerindustrie

Nach einem Bericht des Dortmunder Generalanwalts hat Hitler in der letzten Zeit wiederholt in Essen gewohnt, um hier mit Industriellen Gespräche wegen finanzieller Unterstützung seiner Bewegung zu führen. Wiederholt habe er mit Herrn von Schöenstein vom Bergbauverein verhandelt, der ja bekanntlich der Exponent der Bergbauunternehmer ist.

Was will die bayerische Volkspartei?

Am Sonntag tritt in München der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei zu Beratungen an — wie sie offiziell mitteilen läßt — „größter Bedeutung“ zusammen. Im Dezember vorigen Jahres hat die Bayerische Volkspartei sowohl im Reichstag wie für ihren Parteitag politische und parlamentarische Schritte gegen die Regierung Brüning angekündigt für den Fall, daß das Steuervereinfachungsgesetz nicht aus der Notverordnung des 1. Dezember herausgenommen werde.

Reichspost übernimmt Transradio

Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats der Reichspost stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, zum frühestmöglichen Termin, dem 31. März 1931, die Transradio-L.G. auf die Reichspost zu übernehmen. Der Verwaltungsrat der Reichspost wird sich am Samstag mit der Angelegenheit beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß er ebenso wie der Arbeitsausschuss mit großer Mehrheit die Übertragung der Transradio-L.G. beschließen wird.

Die Gebührenherabsetzung der Reichspost

Wie wir erfahren, hat der Verwaltungsrat der Reichspost Freitags beschlossen, die Vorschläge zur Herabsetzung gewisser Gebühren, die seit dem vorigen Monat vorliegen, anzunehmen. Diese Gebührenentlastung, über die bereits ausführlich berichtet wurde, besteht hauptsächlich aus den Drucksachen, Postwurfsendungen, Pakete, telegraphische Postanweisungen und Postchecks, sowie dringende Telegramme und Ferngespräche.

Kampf der Kriegsgehe im Osten

In einer gestern gemeinsam unterzeichneten Erklärung beturteilen die Bolschewiken und die Deutsche Sektion der Internationalen Transsibirischen Eisenbahn für Frieden und Freiheit aufs schärfste jede Politik, welche die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bedroht und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder verhindert. Sie erinnern die Regierungen beider Länder an ihre durch internationale Verträge übernommenen Verpflichtungen, Antimilitarismus auf friedlichem Wege zu regeln und fordern zur Entspannung der gegenwärtigen Lage strengste Maßnahmen gegen Schanzengräben und Anstiftung sowie Duldung von Gewalttätigkeiten, Anstiftung der Zoll- und Grenzbeamten im Sinne einer Verständigungspolitik, sowie alle sonst erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung von Grenzverletzungen; normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern und gerechte und gleiche Behandlung der beiderseitigen nationalen Minderheiten.

Freistaat Baden

Verwaltungsgerichtshof und Regierung

Die Neue Badische Landeszeitung macht in ihrer heutigen Ausgabe darauf aufmerksam, daß es unter dem monarchistischen System üblich gewesen sei, daß der Verwaltungsgerichtshof die Regierung vertraulich davon verständigt habe, wenn er gegen sie eine Entscheidung fällen mußte. Das genannte Blatt wirft die Frage auf, ob der Verwaltungsgerichtshof gläubig einer Regierung des heutigen Staates weniger Rücksicht schuldig zu sein. U. E. hat der Verwaltungsgerichtshof diese Frage am Mittwoch glatt bejaht.

Beamte und politische Betätigung

Der Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte in Preußen hat in einer Beratungsangelegenheit eine außerordentlich interessante und wertvolle Entscheidung gefällt. Ein Polizeibeamter hat in einer öffentlichen Veranstaltung des Stahlhelm in Stahlhelmkleidung als Tambourmajor teilgenommen. Das Disziplinargericht in Duppel verurteilte den Beamten zur Straferziehung und Kürzung des Dienstverdienstes um eine Gehaltsstufe.

Aus der Reichsverfassung ergibt sich, daß grundsätzlich auch den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Ausübung dieses Rechts darf aber bei einem Beamten nicht über die ihm durch sein Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Grenzen hinausgehen. Dieses Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Staat und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung einen alsbald weiten Gebrauch zu machen wie es jedem anderen Staatsbürger gestattet ist.

Das Urteil stellt dann weiter fest, daß der vorgelegte Minister ohne weiteres berechtigt sei, die ihm unterstellten Beamten auf die ihnen obliegende Beschränkung in ihrer politischen Betätigung hinzuweisen und daß somit die Ministerialklasse, die den Beamten die Fernhaltung von politischer Betätigung gegenüber nicht einwandfreien Verbänden zur Pflicht machen, weder der Form noch dem Inhalt nach gegen die Reichsverfassung verstößt. „Der Beamte“ — so heißt es weiter — „darf außerhalb des Dienstes, zumal in der Öffentlichkeit, nicht an Veranstaltungen von Verbänden teilnehmen, die nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung stehen.“

In Baden erleben wir es so ziemlich jeden Tag, daß sich Beamte aktiv an Veranstaltungen solcher Parteien und Verbände beteiligen, die Todfeinde des gegenwärtigen Staates sind. Ja noch mehr: wir erleben z. B. bei dem Landtagsabgeordneten Prof. Kraft, daß er als Redner in öffentlichen

Versammlungen den heutigen Staat, dem er zur Treue verpflichtet ist, und der ihn bezahlt, in der rücksichtslosesten Weise angreift. Immer und immer wieder tritt an uns die Frage heran: Wird gegen diesen nationalsozialistischen Hegepostel wegen seines Verhaltens gegenüber dem Staate nichts unternommen?

Die nächste Vollziehung des Landtags

Die nächste Sitzung des Landtagsplenums findet am Mittwoch, 21. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Geleientwurf betr. die Uebernahme einer Ausfallgarantie für Lieferungsgegenstände nach Ausland. Dann kommen förmliche Anträge zur Erledigung und zwar des Freiherrn Marschall von Bieberstein (Nat.Sos.) betr. Waffeneinfuhr für deutsche Kommunen aus Belgien, des Abg. Kraft (Nat.Sos.) betr. Stoffverteilung und Stundenlohn für Oberrealschulen und Realschulen, des gleichen Abgeordneten betr. das Staatstechnikum, des Abg. Bauer (D.Dp.) betr. die Profhäre „Kriegsberufsbereiter“. Weiter stehen zur Beschlussfassung die Anträge Dr. Schmittner (D.M.) betr. Turnspiele in den Oberklassen der Mittelschulen, Reichleiter (Komm.) betr. die Staatszuschüsse an die Religionsgemeinschaften, Dr. Schmittner betr. Verteilung eines Abdrucks des Berliner Vertrags und des Youngplans an Schüler und Schülerinnen, die zur Entlassung kommen, Anträge Schill (Str.) über Beihilfen für Treibstoffe und betr. den deutsch-italienischen Handelsvertrag. Schließlich soll eine Reihe von Gesuchen zur Erledigung gebracht werden, u. a. die Eingabe der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach betr. die Wandergewerbesteuer.

Antrag gegen Agitationsspiele im Landtag

Die volksparteiliche-landsparteiliche Arbeitsgemeinschaft hat im Landtag den Antrag gestellt, in die Geschäftsordnung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach Anträge und Antrags, die nicht zur Instandhaltung der badischen Landesverwaltung oder Verwaltung gehören, nur dann beraten werden sollen, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung zu einer reichsgerichtlichen Vorlage betreffen.

Die Wahrheit über das Hakenkreuz

Was hat Frid in Thüringen geleistet?

Um ihre aufgeputzten Massen in Bewegung zu halten, holen die Nationalsozialisten aus allen Teilen des Reichs ihre Agitationsredner herbei, damit diese unter Verzapfung des üblichen Rohls ihre ungeheuren Nachläufer in Erregung halten. So haben sich die badischen Nationalsozialisten einen Agitationsredner, politisch lunkler Garnitur, aus Thüringen verschreiben lassen, durch den sie ihren badischen Mitbürgern vormachen lassen, was Herr Frid in Thüringen alles geleistet haben soll. Hört man dem nationalsozialistischen Beherpropbeten zu, dann täme Herr Frid als Staatsmann gleich nach Bismarck oder mindestens Friedrich dem Großen. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch anders. Und wer sich der Mühe unterzieht, bei der arbeitenden Bevölkerung in Thüringen sich etwas umzuschauen, der wird Stimmen über Frid hören, die ganz anders lauten, als es die nationalsozialistischen Wanderredner dem Volke weismachen.

Es ist daher von Interesse, eine Rede kennen zu lernen, die dieser Tage der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Thüringen, Dr. Frid, in Kiel über die nationalsozialistische Mißwirtschaft in Thüringen hielt, wobei er eindeutig feststellte, wie es tatsächlich mit der Fridschen Herrschaft bestellt ist. „Klar und deutlich“, so betonte Frid, „ist festgestellt, daß, als die Sozialdemokratie aus der thüringischen Regierung ausschieden mußte, es keine Mißwirtschaft gab. Sie ist erst eingegriffen, als die Nationalsozialisten und die bürgerlichen Parteien an die Regierung kamen. Die sozialdemokratische freiheitliche Gelehebung wurde abgebaut, die Regelung, daß das Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt zu erheben ist, wurde abgeschafft. Die Gewährung der Erziehungsbeihilfe ist eingesenkt worden, die moderne Wohlfahrtsgelehebung der Sozialdemokraten wurde aufgegeben und dafür von den Nazis einer nochmaligen Abfindung der Rützlen zugestimmt.“

Die Steuern wurden für die Besitzenden niedrig gehalten. So erhöhten sich die schwebenden Schulden des kleinen Thüringens auf 120 Millionen. Als die Sozialdemokraten aus der thüringischen Regierung ausschieden, waren keine Schulden, sondern es war ein Kassenbestand von 2,5 Millionen Mark vorhanden! Vor der Landtagswahl hatten die Nazis versprochen, niemals neue Steuern zu bewilligen. Als sie in der Regierung waren, haben sie eine Landeskapfsteuer in Höhe von 6 M festgesetzt und jeden Mieter durch 24 M besondere Steuer im Jahre belastet. Ueberdies schufen sie noch die Sonderbesteuerung für die Konsumvereine, die gleichfalls eine ungeheure Belastung der Konsumenten darstellt. Die Sozialdemokratie hatte in jedem Jahre eine Weihnachtssonderunterstützung durchsetzen können. Als sie vergangene Weihnachten 250 000 M für Weihnachtsunterstützungen beantragte, lehnten die Nazis den Antrag ab und liehen eine Sammelaktion in die Wege leiten. Diese amtliche Bettelei erbrachte mit Mühe und Not ganze 100 000 M. Wie „ernst“ es den Nazis mit dieser Sammellei war, beweist das Beispiel eines kleinen Ortes mit 6000 Einwohnern. In diesem Orte waren bei der Landtagswahl 1250 nationalsozialistische Stimmen abgegeben worden. Für die amtliche „nationalsozialistische“ Sammlung wurden aber nur ganze zwei Mark gesammelt!

Die Nazis erklären in der Öffentlichkeit, sie hätten in wenigen Monaten die ganze Schuldenlast von 120 Millionen Mark restlos abdecken können. Diese Behauptung ist eine unverhämte Lüge. Tatsächlich ist von den 120 Millionen Mark Schuldenlast bisher auch nicht ein roter Pfennig abgedeckt worden. Die Taschen werden ihre Wäsche um so weniger verwirklichen können, wenn sich alle wehrfähigen Republikaner restlos dem Reichsbanner anschließen, an dessen lebendigem Wall jeder laichstliche Ansturm zerbrechen wird.“

So sieht die Wahrheit über das Hakenkreuz aus — eine Feststellung, die man allerdings von nationalsozialistischen Agitationsrednern nicht hört.

Oberkirchenrat und Pfarrer Eckert

Der evangelische Pfarrer Eckert in Mannheim hat in dem Sonntagblatt der religiösen Sozialisten ein Bild veröffentlicht, das einen evangelischen Pfarrer darstellt, der in der einen Hand einen Reich trägt, aus dem er eine Seitenblase mit einem Hakenkreuz bläst. Der Evans, Oberkirchenrat hat mit Beschluß vom 3. Januar 1931 deswegen den Geistlichen mit einem Verweis bestraft. Pfarrer Eckert hat dagegen Beschwerde an die Kirchenregierungen eingelegt, die demnächst entscheiden wird.

Die Beschäftigung in der Tabakindustrie

Freitag, 15. Jan. Die größte deutsche Sigarenfabrik Rastler & Rastler, die im Jahre 1929 die Fabrikanlagen der Firma Grindler AG, erworben hat, beschäftigt in ihrem Hauptbetriebe hier ihre ganze Belegschaft in voller Arbeitszeit weiter. Auch in deren Filialbetrieb in Albstadt wird die Arbeit mit dem größten Teil der Belegschaft wieder aufgenommen, wodurch erstensdurchwette die Entlassung von mehreren Hundert Arbeitern vermieden wurde.

Advertisement for 'Die Hölle von Cayenne' (The Hell of Cayenne) by Von Cayenne. The ad features a large graphic of a person in a dark, hellish environment. Text includes: 'DIE HÖLLE VON CAYENNE', 'Aus einem Brief: Für die Uebersendung des Buches Die Hölle von Cayenne besten Dank. Ich habe es gelesen und muß sagen, daß es einen tiefen Eindruck auf mich gemacht hat. Es gehört m. E. zu den besten Büchern über dieses Thema.', 'So urteilt der Leiter eines großen sozialdemokratischen Parteiverlages über dieses Werk: Die Hölle von Cayenne 192 Seiten mit fünf ganzseitigen Zeichnungen und einem Umschlagbild. RMk. 2.70', 'Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe, Waldstraße 26 / Fernruf 7020 und 7021'

Front gegen Faschismus

Kundgebungen am 23., 24. und 25. Januar

Tagesordnung:

Nationalsozialismus – Lüge – Totschlag – Verelendung – Krieg

oder

Sozialdemokratie – Aufbauarbeit – Friede – Kultur

Volksgenossen! Frauen und Männer!

Arbeitslosigkeit und Not beherrschen heute weite Kreise des deutschen Volkes. Nationalsozialisten und Kommunisten benutzen diese Not, um das Volk zur Verzweiflung und zur Katastrophe zu treiben. Die Hege der Nationalsozialisten bringt Mord und Totschlag. Ihre Agitations- und Kampfmethoden müssen zum Bürgerkrieg und damit zum Ruin Deutschlands führen.

Genossinnen und Genossen! Wir wollen nicht den Untergang, sondern den Aufbau Deutschlands und die Befreiung der Welt. Besucht deshalb nicht nur selbst nachstehende Versammlungen, sondern werbt in Freundes- und Verwandten- und Bekanntenkreisen für Massenbesuch derselben.

Freitag, den 23. Januar:

Durlach: Abends 8 Uhr im „Roten Löwen“.
Weingarten: Abends 8 Uhr, Festhalle.
Ettlingen: Abends 8 Uhr in der „Krone“.
Offenburg: Abends 8 Uhr in der „Mittelhalle“.
Bruchsal: Abends 8 Uhr.
Deilingen: Abends 8 Uhr im „Löwen“.

Samstag, den 24. Januar:

Gengenbach, Amt Offenburg: Abends 8 Uhr in der „Karlsburg“.
Philippsthal, Amt Bruchsal: Abends 8 Uhr im „Weißen Tor“.
Zeutern, Amt Bruchsal: Abends 8 Uhr in der Bahnhofswirtschaft.
Dieblingen, Amt Pforzheim: Abends 8 Uhr im Rathaus.
Kehl: Abends 8 Uhr im „Barbarossa“.
Gaggenau, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Hochsaal“.
Auenheim, Amt Kehl: Abends 8 Uhr in der „Blume“.
Wodersweier, Amt Kehl: Abends 8 Uhr im „Adler“.
Oberkirch: Abends 8 Uhr im „Schwanen“.
Mörsen, Amt Bühl: Abends 8 Uhr in der „Sonne“.
Kappelrodet, Amt Bühl: Abends 8 Uhr im „Rebstock“.
Ettlingen, Amt Pforzheim: Abends 8 Uhr im „Waldhorn“.
Niesern, Amt Pforzheim: Abends halb 9 Uhr in der „Linde“.
Wilferdingen, Amt Pforzheim: Abends 8 Uhr im Rathaus.
Suchenfeld, Amt Pforzheim: Abends 8 Uhr im „Lamm“.
Renggen, Amt Karlsruhe: Abends 8 Uhr in der „Krone“.
Sörden, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Anker“.
Turmersheim, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Hirsch“.

Sonntag, den 25. Januar:

Nordrach, Amt Offenburg: Vormittags 11 Uhr in der „Stube“.
Zell a. S., Amt Offenburg: Mittags 3 Uhr im Rathaus, 2. Stod.
Heidelberg, Amt Bruchsal: Mittags 3 Uhr in der Sporthalle.
Odenheim, Amt Bruchsal: Mittags 3 Uhr in der „Blume“.
Kuppenheim, Amt Rastatt: Mittags 4 Uhr im „Lindensaal“.
Gernsbach, Amt Rastatt: Abends 8.15 Uhr im „Badischen Hof“.
Bretten: Mittags 3 Uhr im „Badischen Hof“.
Langensteinbach, Amt Ettlingen: Mittags 3 Uhr im Rathaus.
Hagsfeld, Amt Karlsruhe: Abends 8 Uhr im „Bahnhof“.

Proletarischer Aufmarsch in Mittelbaden

Die Sozialdemokratische Partei Mittelbadens ruft die Sozialisten, die Arbeiter und Republikaner zu Kundgebungen

auf, die am 23., 24. und 25. Januar stattfinden sollen. Diese Kundgebungen leiten den Kampf gegen den Faschismus auf breiter Front ein. Sie leiten ihn ein, — aber sie beenden ihn nicht.

Für den Bestand des Reiches, der Republik und der Demokratie ist gegenwärtig der Faschismus der Hauptfeind. Die Weltwirtschaftskrise, die Deutschland naturgemäß besonders schwere Wunden schlägt, hat Millionen von Volksgenossen in bittere Not geworfen. Reich, Länder und Gemeinden ringen unter dieser furchtbaren Wirtschaftskrise außerordentlich schwer, weil mit ihr auch große finanzielle Schwierigkeiten verbunden sind. Millionenköpfig ist das Heer der Erwerbslosen. Die vielen Millionen Angehöriger dieser Erwerbslosen leiden mit.

Aus dieser furchtbaren Notlage, die, von einem oder zwei Völkern abgesehen, bereits in allen großen und kleineren Kulturstaaten sich ausbreitet, versuchen Nationalsozialisten und Kommunisten nicht nur agitatorische Vorteile für ihre Partei herauszuschlagen, sie sind vielmehr willens und bereit, die aus der Notlage hervorquellende Verbitterung großer Massen zu einem tödlichen Schlag gegen den heutigen Staat nutzbar zu machen.

Die Republik soll erschlagen, die Demokratie gemuehelt und der Sozialismus verbannt werden. Schon in den nächsten Stunden nach einem Erfolg des Faschismus würde und mühte die vorhandene Not sich zu einer grauenhaften Katastrophe für das deutsche Volk auszuweiten.

Der Wahlerfolg der deutschen Faschisten am 14. September bei den Reichstagswahlen hat, wie die Tatsachen erweisen, bereits dem deutschen Wirtschaftsleben ungeheure Schäden zugefügt.

Ein Sieg des Faschismus und die Machtergreifung durch ihn würde Deutschland und das deutsche Volk wirtschaftlich, finanziell und politisch einfach in einen Abgrund stürzen.

Die verheerenden Wirkungen einer solchen Katastrophe müßten mit unbarmherziger Wucht besonders die Arbeiterklasse und die sozial mit ihr verwandten Bevölkerungsschichten treffen, — also die Mehrheit des deutschen Volkes, das dann von einer strapellosen, zu jeder politischen Untat fähigen und bereiten Minderheit eine kurze Zeit tyrannisiert werden würde, falls ein Bürgerkrieg dem Faschismus nicht den Garaus zu machen vermöchte.

Wer seit Jahr und Tag schauernd miterlebt hat, welches die Mittel und die Waffen des Faschismus im politischen Kampfe sind, der kann heute schon eine Vorstellung davon gewinnen, wie der siegreiche und vorübergehend herrschende Faschismus in Deutschland unter seiner Bevölkerung haufen würde.

Der Faschismus darf nicht zum Siege gelangen und er wird nicht zum Siege gelangen, wenn allein die werktätige Bevölkerung Deutschlands die ungeheure Gefahr für das Reich und das deutsche Volk erkennt, die der Faschismus darstellt.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nehmen auf ganz breiter Front den Kampf gegen den Faschismus auf. Am 23., 24. und 25. Januar gilt für die mittelbadische Arbeiterschaft nur die eine Parole:

Aufmarsch zu den Kundgebungen:

Vor acht Tagen hat die Arbeiterschaft im Frankenlande durch 70 machtvolle Kundgebungen gegen den Faschismus gezeigt, daß sie sich der Bedeutung dieses Kampfes bewußt ist.

Was in Franken möglich war, muß auch in Baden eintreten.

Agitiert für die Kundgebungen!

Bereitet sie an jedem Orte in der bestmöglichen Weise vor!

Und dann am Versammlungstag:

Angetreten und marschiert!

Söllingen, Amt Karlsruhe: Mittags 3 Uhr im Rathausaal.
Untergrombach, Amt Bruchsal: Mittags 3 Uhr im „Engel“.
Freikett, Amt Kehl: Mittags 3 Uhr im „Waldhorn“.
Sonau, Amt Kehl: Abends halb 8 Uhr in der „Linde“.
Korf, Amt Kehl: Mittags 3 Uhr im „Ochsen“.
Oppenau, Amt Oberkirch: Vormittags halb 11 Uhr im „Tor“.
Renggen, Amt Offenburg: Mittags halb 3 Uhr in der „Krone“.
Sinzheim, Amt Bühl: Mittags 3 Uhr in der „Krone“.
Wüstenbrunn, Amt Pforzheim: Mittags 5 Uhr in der „Linde“.
Eisingen, Amt Pforzheim: Mittags 3 Uhr im „Hirsch“.
Stein, Amt Pforzheim: Mittags 3 Uhr im „Lamm“.
Reichenbach, Amt Ettlingen: Mittags 3 Uhr in der „Krone“.
Spielferg, Amt Ettlingen: Abends 8 Uhr in der „Traube“.
Scaufenberg, Amt Rastatt: Mittags 3 Uhr im „Sternen“.
Kotenfels, Amt Rastatt: Mittags 3 Uhr im „Ochsen“.
Forbach, Amt Rastatt: Mittags 3 Uhr im „Löwen“.
Dittenau, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr im „Strauß“.

Referenten sind:

Reichstagsabg. Gen. Dill-Nürnberg.
Landtagsabg. Gen. Dürr-Lahr.
Landtagsabg. Gen. Fischer-Karlsruhe.
Landtagsabg. Gen. Oskar Graf-Pforzheim.
Landtagsabg. Gen. Grohmann-Konstanz.
Landtagsabg. Gen. Heid-Willingen.
Landtagsabg. Gen. Heinrich Kurz-Gröningen.
Landtagsabg. Gen. Emil Maier-Heidelberg.
Landtagsabg. Gen. Warthloff-Freiburg.
Reichstagsabg. Gen. Stefan Meier-Freiburg.
Landtagsabg. Gen. Reinhold-Mannheim.
Minister und Reichstagsabg. Gen. Dr. Kemmle.
Bürgermeister Gen. Riger-Durlach.
Landtagsabg. Gen. Rößler-Lörrach.
Landtagsabg. Gen. Leopold Müller-Karlsruhe.
Reichstagsabg. Gen. Schöpflin.
Landtagsabg. Gen. Oskar Trinius.
Landtagsabg. Gen. Ulrich-Heilbronn.
Landtagsabg. Gen. Wehner-Mannheim.
Landtagsabg. Gen. Weigmann-Karlsruhe.

Weitere Veranstaltungen finden statt:

Sonntag, 17. Januar:
Bühl: Abends 8 Uhr im „Grünen Hof“ Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahlen. 3. Vortrag von Gen. Trinius (Karlsruhe) über die politische Lage. 4. Verschiedenes.
Oberkirch: Abends 8 Uhr im „Hauen“ Generalversammlung.

Sonntag, 18. Januar:

Heidelberg: Mittags 3 Uhr im „Stich“ öffentlicher Vortrag über „Christentum und Sozialismus“. Referent: Arbeitersekretär Gen. Erb (Karlsruhe).

Mörsen: Mittags 4 Uhr spricht im Volksbau Gen. A. Häfner (Karlsruhe) über „Das Arbeitslosenversicherungsrecht“.

Wiesbaden: Mittags 2 Uhr im „Lamm“ Fortsetzung des Ausflugs für die Gemeindevorsteher der Hardtgemeinden Gaggenstein, Teutleben und Weiseneuren, Wiesbaden, Heilbronn, Graben.

Donnerstag, 22. Januar:

Stein, Amt Pforzheim: Abends 8 Uhr im Rathausaal öffentlicher Vortrag über „Das Paradies des Koffers“. Referent: Gen. Dir. Wilhelm-Karlsruhe.

Ortsvereinstaffler! Kaffiert die restlichen Beiträge für das Jahr 1930 ein und schickt die Abrechnung ohne weitere Verzögerung an das Sekretariat. Das Parteisekretariat.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volkmann, Frank Baden, Volkswirtschaft, Aus der Welt, Letzte Nachrichten, Straßburg, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Arbeiter, Badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Verlagssetzung, Badenische Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Rastatt, Gemeindevorsteher, Sozial. Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Gillet. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei „Volkstreuend“ G.m.b.H. Karlsruhe.

Jakob Finkelstein G. m. b. H. Kohlen, Koks, Brikett, Holz Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.)
Fernsprecher Nr. 6275

Gewerkschaftliches

Kommunistische Scharfmacher- und Ausbeutermethoden

Die kommunistische Berliner Welt am Abend wird in Zukunft in der Druckerei von Gehring u. Keimers hergestellt. Diese Uebernahme in eine kapitalistische Privatdruckerei ist von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Münszberg angeordnet worden, weil Gehring u. Keimers billiger drucken, als die City-Druckerei, in der das betreffende Blatt bisher hergestellt wurde.

Die City-Druckerei hat — wie der Vormärts mittelt — inzwischen einen Stilllegungsantrag eingereicht, weil sie von 170 Beschäftigten 60 abbauen wollte. Dem Antrag wurde stattgegeben und nun begann ein großes Reinemachen. Alle nicht wünschenswerten Stellen wurden — nach dem Vormärts — auf die schwarze Liste gesetzt. Dazu natürlich alle, die dafür bekannt sind, daß sie gute Gewerkschafter sind. Junge Ledige wurden im Betrieb gehalten, während Verheiratete mit Kindern, die schon lange Jahre im Betrieb haben, entlassen wurden. Die Gehaltslisten erhoben beim Arbeiter-Einbruch. Der Arbeiterrat lehnte alle Entlassungen rund um ab. Gegen diesen Arbeiterrat schwebt gegenwärtig eine Klage vor dem Arbeitsgericht wegen Verletzung seiner Pflichten. Am vergangenen Sonntag beschaffte sich der brandenburgische Maschinenfabrikverein mit der Angelegenheit. Der Vorsitzende des brandenburgischen Maschinenfabrikvereins ist gleichfalls in der City-Druckerei beschäftigt. Es wurde beschlossen, der City-Druckerei die Forderung zu stellen, die Kündigungen zurückzunehmen und neue Beschäftigungen anzunehmen. Diese Forderung ist von der Zeitung-Druckerei abgelehnt worden. Daraufhin haben von den 18 Maschinenfabrikern 16 die Arbeit niedergelassen. 2 Maschinenfabriker und 2 Handwerker, die als Maschinenfabriker gelernt haben und die treuen Anhänger der KPD sind, haben entlassen dem Beschluß die Arbeit nicht niedergelassen. Sie berichten als Maschinenfabriker Streikführer.

Dieser Streik in der kommunistischen Druckerei dürfte noch weitere Klagen ziehen. Er beweist die Verhältnisse in den kommunistischen Betrieben. Die Arbeitslosen sind der KPD, zum wenigsten im Reich, gegen politische Andersdenkende und gegen Gewerkschafter, im übrigen können sie leben, wo sie bleiben. Wir erinnern daran, daß in diesem kommunistischen Betrieb den Zeitungsträgern die Löhne um 33 Prozent gekürzt worden sind und daß alle Lohnempfänger, die sich mit dieser Lohnkürzung nicht einverstanden erklärten, gemahngelt worden sind. Das Arbeitsgericht, das mit dieser Angelegenheit beschäftigt ist, verurteilte die Firma zur Weiterzahlung des Lohnes, weil ein Tarifvertrag besteht, der nicht eigenmächtig abgeändert werden darf. Es ist bedauerlich, daß ein sogenannter Arbeiterbetrieb in solchen Scharfmachermethoden greift und schließlich die eigenen Arbeiter, die zum mindesten mit den vielen der KPD. Inmitten, in einen Streik treibt.

Der Badische Beamtenbund berichtigt

Der Badische Beamtenbund geht aus folgende Berichtigung aus: Der Landtagsabgeordnete Weismann hat nach dem Nr. 10 des Volksfreund vom 13. Januar 1931 enthaltenen Bericht über die Tagung des Landesverbandes der Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erklärt, daß die Forderungen des Badischen Beamtenbundes zum Entwurf über die Wenderung des Besoldungsgesetzes deshalb nicht berücksichtigt werden konnten, weil trotz der Forderung durch das Finanzministerium der Badische Beamtenbund keine Stellungnahme eingereicht habe, als der zweite Entwurf schon dem Landtag zugegangen war. Demgegenüber stellen wir das der Badische Beamtenbund und einige andere Organisationen nach gründlicher Vorberatung zum ersten Entwurf bereits am 3. Juli 1930 die Gegenanträge gemeinsam gestellt haben, nach dem der Finanzminister einem Beamtenabgeordneten erklärt die Sache habe keine Eile, sie komme im Herbst zur Beratung. Staatsministerialentscheidung vom 30. Oktober 1930 wurde der Finanzminister beauftragt, dem Gesetzentwurf dem Landtag vorzulegen. Der Badische Beamtenbund hat sich aber nicht damit begnügt, bei der Regierung vorstellig zu werden, sondern hat noch mit Vorstellung vom 28. November 1930 sich an den Landtag gewandt, wolle die Beratungen im Reichsausschuß am Dezember 1930 beenden haben und hat noch vor diesen Beamtenbund und im Laufe derselben den Vertretern aller Parteien, auch der sozialdemokratischen Partei, seine Wünsche bezüglich mitteilt vorgetragen, während vom 11. bis 13. in den Deutschen Beamtenbund bis heute keine Vorstellung beim Landtag eingekommen ist. Ein Regierungsvorsteher hat uns ausdrücklich befragt, ob unsere Vorstellung vom 5. Juli 1930 rechtzeitig eingegangen ist, was auch ohne weiteres daraus erhellen werden kann, daß die Staatsministerialentscheidung vom 30. Oktober 1930, also fast 6 Monate später datiert ist.

Eine weitere Berichtigung lautet: Ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nach dem in Nr. 10 des Volksfreund vom 13. Januar 1931 enthaltenen Bericht über die Tagung vom 8. Januar 1931 erklärt: Der Kampf um eine soziale Stellung des Gehaltszahlers ist ausschließlich vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, vom Verband und seinen angeschlossenen Organisationen geführt worden. In Baden sind es lediglich die freigewerkschaftlichen Organisationen, die eine Eingabe an die Staatsregierung zur Staffellung des Gehaltsabbaus und zur Selbsthaltung der Anstellengebälter gemacht haben. Der Badische Beamten- und der Badische Beamtenbund haben bisher in diesem Gebiete nichts anderes getan, als seinen Mitgliedern mitgeteilt, daß sie sich nicht mit dem, was die Notverordnung nun einmündig gebracht hat, einverstanden erklären sollten. — Diese Behauptung ist unrichtig. Wir haben in unserer mündlichen und schriftlichen Vorstellung an die badische Regierung zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Freigabe von jährlich 1500 M oder monatlich 125 M im Hinblick auf die Notlage der Beamtenschaft für völlig unmöglich halten und daß unter allen Umständen hätte berücksichtigt werden müssen, daß der Gehaltseheber für die Lohnabgabe einen monatlichen Freibetrag von 195 M vorzieht, und daß auch von dem 195 M der beim verarbeiteten Arbeitnehmer für die Ehefrau weitere 1/4 des Gehalts abgezogen werden, was die Prüfung der Notverordnung haben wir die Berücksichtigung sozialer Grundzüge verstanden und die badische Regierung hat ja auch den sogenannten sozialen Beamtenbund bei der Staffellung des Gehaltsabbaus in der Höhe von 6 Prozent gefordert. Von einer Mitteilung an unsere Mitglieder, daß sie sich mit der durch die Notverordnung getroffenen Regelung einverstanden erklären sollen, ist uns nichts bekannt.

Schiedspruch in der bad. Papierindustrie

Frankfurt, 16. Jan. Der Schiedspruch in der badischen Papierindustrie ist von Arbeitgebern angenommen, von Arbeitnehmern abgelehnt worden.

Frankfurt, 16. Jan. In den bei den badischen Papierfabriken stattfindenden Betriebsversammlungen beschloßen die Arbeiter einstimmig, den Schiedspruch abzulehnen, da derjenige Lohn schon vor dem Leben ermöglichte.

Aus aller Welt

Todesurteil wegen Ehebruch

Budapest, 16. Jan. (Eig. Draht.) Das oberste Honvedgericht verurteilte am Freitag den aktiven Hauptmann Winter wegen Mordes zur Auslieferung aus der Armee und zum Tode durch den Strang. In erster Instanz war Winter wegen Totschlags zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Hauptmann Winter hatte seinen Kameraden, Major Kih, der die von Winter geschiedene Frau heiraten wollte, niederschossen und dann einen Selbstmordversuch unternommen.

Der flüchtige Rentmeister Schloemer verhaftet

Köln, 16. Jan. Der flüchtige Rentmeister Schloemer aus Tübingen bei Köln, der nach Unterschlagung von 100 000 RM. aus der Gemeindefasse (nach anderen Meldungen handelt es sich sogar um 200 000 RM.) mit einem Kraftwagen ins Ausland geflüchtet war, ist heute in Amsterdam verhaftet worden. Von dem unterschlagenen Gelde fand man in seinem Besitz nur noch 10 000 RM.

Die Leiche des vermögenden Berliner Sportlehrers gefunden

Chemnitz, 16. Jan. Am Freitag nachmittag hat man die Leiche des seit dem 3. Januar vermissten Sportlehrers Arthur Wiedeborn aus Berlin am Schwarzhorn gefunden. Wiedeborn war in eine Lamine geraten und hat dabei den Tod gefunden. Durch eine Rettungsaktion wurde die Leiche nach Tübingen verbracht und dort aufgebahrt.

Das Urteil im Betrugsprozess Dunner

Dresden, 16. Jan. Im Betrugsprozess gegen den früheren Vorsitzenden des Schwimmvereins Sachsen im Deutschen Schwimmverband wurde heute nachmittags folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Betrugs in drei Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit gewinnflüchtiger Urkundenfälschung, zu vier Jahren Gefängnis lebenslang verurteilt. Die verübte Unterschlagung von 13 Monaten wird auf die Strafe angerechnet. — Der Staatsanwalt hatte außer der im Urteil erkannten Strafe noch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt.



Rebel lähmt Hamburger Schiffahrt
Seit Tagen liegt über der Elbmündung eine unübersichtliche Nebelwand, die den gesamten Schiffsverkehr völlig stillgelegt hat. Stellenweise beträgt die Sicht kaum 50 Meter.

Bauarbeitertarifkündigung im Saargebiet

Saarbrücken, 17. Jan. (Kundendienst.) Der Arbeitgeberverband für das Bauergewerbe und die verwandten Betriebe im Saargebiet hat den bisherigen Lohnvertrag mit sofortiger Wirkung gekündigt. Er fordert eine 12prozentige Erhöhung der Löhne, die zur Befriedigung des darniederliegenden Baumarcktes unbedingt erforderlich sei. Die Arbeitnehmer lehnen jede Herabsetzung der Löhne vor dem 3. März dem nächstzulässigen Termin für die Tarifkündigung ab.

Keine Einigung im mitteldeutschen Metallkonflikt

Leipzig, 16. Jan. Vor dem mitteldeutschen Schlichter fanden heute nachmittags die Nachverhandlungen über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Halle im Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie statt. Sowohl die Arbeitgeber, wie die Arbeitnehmer hatten den Schiedspruch, der eine Kürzung der Stundenlöhne um vier Pfennig in der Spitze vorsieht, abgelehnt. Die Nachverhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung ist noch nicht gefallen.

Schiedspruch verbindlich erklärt

Berlin, 16. Jan. In der Lohnkündigung im oberdeutschen Steinlohnkündigung hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch vom 13. Januar, der eine Ermäßigung der Tariflöhne um 6 Proz. vorsieht, für verbindlich erklärt.

Ablehnung des Schiedspruches für die frankfurter Metallindustrie

Frankfurt a. M., 16. Jan. Nachdem die Arbeitnehmerorganisation den Schiedspruch für die Frankfurter Metallindustrie abgelehnt hatten, hat nunmehr auch der Verband der Metallindustriellen seine Ablehnung des Schiedspruches ausgesprochen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter werden bereits in den nächsten Tagen stattfinden.

Lohnverschlechterung auch bei den Schuhmachern

Der Vorstand und der Beirat des Zentralverbandes der Schuhmacher haben zusammen mit den beiden anderen Arbeitnehmerverbänden der Schuhindustrie einmütig und mit Unterstützung der Forderungen der Unternehmer zur Verschlechterung der Entlohnung abgestimmt. In Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben sie die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich aufgestellt. — Der Zentralverband richtet an die Schuharbeiter den Appell, in dieser Zeit, wo die Arbeiterlosigkeit in stärkerer Weise gegen Fabrikantenwille vorliegt, geschlossen zusammenzutreten und alle Sonderaktionen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, energig zurückzuweisen. Die Lohnabbauaktion der Schuhindustriellen kommt einem vor wie ein Stiefel aus einem Holzhaus. Der Öffentlichkeit haben die

Unfall auf einer Neuperter Untergrundbahn

Neuperter, 16. Jan. Der erste Wagen eines überfüllten Zuges der Suburban-Neuperter-Untergrundbahn, die Neu-Perter mit Neuperter verbindet, entgleiste heute an einer Weiche an der Endstation der 38. Straße und der 6. Avenue und fuhr in die Betonkohlwand des Tunnels hinein, wo er sich förmlich polierte. Unter den Passagieren, die zu Boden geschleubert wurden, entstand eine große Panik. Alles drängte aus dem mit Rauch gefüllten Wagen zu den Türen. 19 Passagiere wurden verletzt.

Mehrföpfige Diebesbande verhaftet

Düsseldorf, 16. Jan. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, eine mehrköpfige Diebesbande zu verhaften, die seit dem letzten Herbst verschiedene Stabiertheile Düsseldorf's unsicher machte. Nach den bisherigen Feststellungen erbeutete sie bei ihren Raubzügen Waren im Werte von ungefähr 30 000 M.

Aushebung einer Faltschmünzwerkstatt

Görlitz, 16. Jan. Der Kriminalpolizei gelang es, einen Landwirt aus Jitzau in dem Augenblick zu verhaften, als er falsche Zehnmarkscheine in Zahlung geben wollte. Nach anfänglichem Weigern gelang es dann, noch zwei Komplizen zu haben, mit denen er zusammen in Jelschowitz die Faltschmünzwerkstatt herstellte. Die Faltschmünzwerkstatt wurde darauf aufgefunden und die beiden übrigen Täter wurden verhaftet. Da die Fälschungen leicht erkennbar waren, konnten nur wenig Scheine in Umlauf gesetzt werden.

Giftige Tapeten

In Wien verfiel an den Folgen einer Arsenvergiftung die Frau eines Privatdozenten. Untersuchungen ergaben den Verdacht, daß die Leiche des Dozenten arsenhaltiger Tapeten ist, mit denen ihr Schlafzimmer ausgefärbt war. Es wurde festgestellt, daß eine Fläche von 100 Quadratmetern dieser Tapete etwa sieben Zehntel Milligramm Arsen enthält.

Vergleich im „Fall Blundhond“

In einer Verhandlung des Hamburger Arbeitsgerichts wurde am Donnerstag der Prozess um den „Fall Blundhond“ mit einem Vergleich beendet. Der Hamburger Schriftsteller Bruno Hellwig hatte vom Landesarbeitsamt Nordmark freilich entlassen worden, weil er in dem von ihm verfassten gleichnamigen Roman bei seiner Tätigkeit im Amt erworbene Kenntnisse in einer Weise verwendet, durch die sich die Vorgelegten Schadens geltend machen lassen und gutes Zeugnis. Die Verhandlung endete damit, daß das Arbeitsamt sämtliche Forderungen Helms anerkannte, während der Kläger die Erklärung abgab, daß er in den Personen seines Romans nur Typen seines Arbeitsgebietes, nicht aber bestimmte Personen treffen wollte.

Eiscreme — das große Geschäft

Die Eiscremeabriken der Vereinigten Staaten haben im Jahre 1930 besonders große Geschäfte gemacht. Es wurden im letzten Sommer von der amerikanischen Bevölkerung 1 080 000 000 Liter Eiscreme im Werte von 288 Millionen Dollar verbraucht.

Wissenschaftler verlieren seinen Säbel

Paris, 17. Jan. (Kundendienst.) Die Reise des Marschall Wilsuditi nach Madaira hat, wie der sozialistische Populaire berichtet, zu einem Zwischenfall Anlaß gegeben. Auf der Fahrt von Paris nach Bordeaux verlor der Marschall seinen Säbel. Die polnische Botschaft in Paris wurde sofort mobil gemacht um das fehlende Requirit wieder herbeizuschaffen. Alle Bemühungen waren bis jetzt ergebnislos.

Schuldeherabsetzung in Preußen

BR. Berlin, 16. Jan. Nach dem Schuldegesetz vom 18. Juli 1930 darf das Schulde an den öffentlichen höheren Schulen nicht den dritten Teil der Kosten übersteigen, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Infolge der allgemeinen Ausgabenentlastungen im preussischen Haushaltsplan für 1931 hat sich, wie der Amtl. Preuss. Pressedienst mitteilt, der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung daher veranlaßt, gesehen, den Durchschnittskosten, der bisher 750 RM. betrug, für 1931 auf 720 RM. herabzusetzen. Darnach darf von Eltern 1931 ab an den staatlichen und städtischen höheren Schulen nur noch ein Schulgeld von höchstens 240 RM. jährlich erhoben werden.

Fabrikanten verurteilt, daß der Preisabbau für Schuhe als abgeschlossen gelten müsse. Dieser Preisabbau war eine Folge der schweren Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit in der Schuhindustrie. Die Selbstkosten wurden wesentlich herabgedrückt und die über таришlichen Verdienste und Abschläge stark gekürzt; die Auslandskonkurrenz wurde aus dem Felde geschlagen. Trotzdem Lohnabbauforderungen von mehrheitlich wohnungsmäßigem Ausmaß: bei den männlichen Arbeitern von 15 bis 30 Prozent, bei den weiblichen von 27 bis 42 Prozent. Rechnet man die von den Fabrikanten geforderten direkten und indirekten Tarifverschlechterungen zusammen, dann kommt sogar ein Lohnabbau von nahezu 50 Prozent heraus. — Das wäre also der neueste Lohnabbau-Reford! Wirtschaft und Politik scheinen in Deutschland von einer ängstlichen Finsternis heimgelacht zu werden.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 17. bis 26. Januar 1931

Am Badischen Theater: Samstag, 17. Jan. * A 13 Das Leben des Armen. Tragikomödie von Zweig. 20-22.30 Uhr (5.-). — Sonntag, 18. Jan. * Radmilag: Die Sache, die ich liebe nennt. Komödie von Zurek. 15 bis 17.30 Uhr (3.-). — Abends: * B 13 Das Leben des Armen. Oper von Bizet. 19-22 Uhr (8.-). — Montag, 19. Jan. * E 14 Das Leben des Armen. 1. S.-G. und 201-300 Giltadeln von England. Schauspiel von Brudner. 20-23 Uhr (5.-). — Dienstag, 20. Jan. * G 14 Das Leben des Armen. 1501-1550 Zum ersten Mal: Leben des Dreif. Große Oper von Arenet. 20 bis gegen 23 Uhr (7.-). — Mittwoch, 21. Jan. * H 14 Das Leben des Armen. Das Leben des Armen. Tragikomödie von Zweig. 19.30 bis 22 Uhr (5.-). — Donnerstag, 22. Jan. * I 15 (Donnerstagmiete). 20.-Gm. 3. S.-G. 2. Hälfte und 601-700 Leben des Dreif. Große Oper von Arenet. 19 bis gegen 22 Uhr (7.-). — Freitag, 23. Jan. * F 14 (Freitagmiete). 20.-Gm. 2. S.-G. und 401-500. Die schöne Helena. Komische Oper von Tschudak. 20 bis 22.30 Uhr (7.-). — Samstag, 24. Jan. In beiden Fällen: Der Evangelist. Musikalisches Schauspiel von Menst. 20-22.45 Uhr (4.-). — Sonntag, 25. Jan. Radmilag: 8. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Das Leben des Armen. Tragikomödie von Zweig. 15.15 bis 17.45 Uhr (3.50). — Abends: * C 14 Das Leben des Armen. 3. S.-G. 1. Hälfte neu einstudiert: Die Soubrette. Von Mojart. 19.30-22.30 Uhr (8.-). — Montag, 26. Jan. * D 14: Komaropstellung Das Leben des Armen. Tragikomödie von Zweig. 19.30 bis 22 Uhr (5.-). Der 4. Akt ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Im städtischen Theaterhaus: Sonntag, 18. Jan. * Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Herr und Verment von Robert Blum. Geländestriebe und Musik von Jakob Benach. 19.30-22.15 Uhr (3.50). — Sonntag, 19. Jan. * Zum ersten Mal: Was weiß ich reich und glücklich? Von Joachimst. Musik von Spolansky. 19.30-22 Uhr (3.50). — Montag, 20. Jan. In Rembrandt: Der Kaufmann von Beneck.

Auskünfte der Redaktion

G. A. Wankeloch. Wenn der Betreffende Mitglied einer Krankenkasse ist und das Bruchband auf ärztliche Anordnung angeschafft wurde, ist die Gebühr von 50 Pfg. nicht zu entrichten. Badersmeier. Auch für das Steuerjahr 1930 finden Lohnsteuer-rückstellungen statt.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

17. Januar: 1600 *Span. Dram. C. de la Barca. — 1706 *Benjamin Franklin. — 1793 Ludwig XVI. s. Tode verurteilt. — 1823 *Dichter Zacharias Werner. — 1833 *Fr. König, Cri. der Schnellpresse. — 1915 Sos. Friedenskonferenz der neutralen Länder in Kopenhagen. — 1921 *Bildhauer Ad. v. Hildebrand.

18. Januar: 1689 *Franz. Philos. Montesquieu. — 1871 Das deutsche Kaiserreich in Versailles proklamiert. — 1918 Russ. Konf. von den Bolschewisten aufgelöst. — 1920 Betriebsrätegesetz angenommen. — 1921 *Astronom und Erfinder W. Förster. — 1927 *Samm. Toljan, Vorf. des Ungarischen Gewerkschaftsbundes.

Eine Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe

Auf Dienstag, 27. Januar 1931, nachmittags 2 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses in Karlsruhe einberufen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Wahl des Vorsitzenden, eines Stellvertreters und zweier Schriftführer.
2. Gewährung eines weiteren Darlehens von 20 000 RM, an die Gemeinde Graben zum Umbau der Kreislandwirtschaftsschule.
3. Genehmigung einer einmaligen Kreisunterstützung an die Bad. Lokaleisenbahnen AG. in Höhe von 5000 RM, als Beitrag des Kreises zur Weiterführung der Teilschwebe-Buslinien-Brüdingen während des Monats Januar 1931 und eines jährlichen Zuschusses an die Bleg bis höchstens 100 000 RM für die drei nächsten Jahre. In diesem Zuschuß ist die bisher vom Kreis gewährte Zinsvergütung von 60 000 RM jährlich inbegriffen, so daß dem Kreis eine weitere jährliche Belastung von 40 000 RM erwächst.

Protest der Milchlieferanten gegen die Städtische Milchzentrale

Vorstand und Aufsichtsrat der Milchproduzentenvereinsvereine Karlsruhe und Umgebung e. G. m. b. H. wenden sich in einer Entschließung dagegen, daß die Milchzentrale der Stadt Karlsruhe immer noch einen erheblichen Teil ihrer Gesamtmenge aus württembergischen Bezugsgebieten und vom hohen Schwarzwald bezogen. Die Milchzentrale hat die Milchzentrale der Stadt Karlsruhe, die ebenfalls Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche fordert. Zurückgewiesen wird jedoch auch jedes Ansuchen um einer Preisentlastung der Milch durch Herabsetzung des Erzeugerpreises beizutragen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen für die Landwirte nicht tragbar wäre. Die Milch würde nach Auffassung der Genossenschaft sicher beschaffen, daß die beiden in Karlsruhe bestehenden Zentralen zusammengelegt werden.

Der Standpunkt der Milchzentrale

Zu diesem Protest schreibt uns die Städt. Milchzentrale: Die Beschaffungsstellen, welche der Milchproduzentenverein Karlsruhe wegen der Milchlieferung der Stadt erhebt, erfordern einige notwendige Ergänzungen und Erläuterungen.

1. Zu dem Milchbezugsgebiet der Stadt gehören noch einige Schwarzwaldgemeinden. Sie liefern seit 14 Jahren ununterbrochen Milch nach Karlsruhe. Diese Gemeinden sind im Jahre 1917, also in einer Zeit größter Lebensmittelpreise, zur Lieferung von Milch angegangen worden. Sie haben sich bereitwillig und mit anerkennenswerter Eifer an der Versorgung der Stadt mit Milch beteiligt. Bis auf den heutigen Tag besteht zwischen diesen Gemeinden und der Städtischen Milchzentrale das beste Einvernehmen. In den letzten Jahren ist die Bereitwilligkeit der Milchlieferanten, auf die weitere Lieferung von Milch zu verzichten, dagegen haben sich die betroffenen Landwirte. Sie erheben gegen die Abschaffung der Milchlieferung in diesem Zeitpunkt keine Einwände, weil es möglich war, im Einverständnis mit den betreffenden Landwirten die Milchlieferung an einen anderen Abnehmer überzutragen, ist das geschehen. Aber gegen ihren Wunsch und Willen die Milchlieferung einfach zurückzunehmen, wäre ungerecht und eine unbillige Unbilligkeit.

Die Milchlieferanten aus Württemberg nach Karlsruhe kommen zu einem großen Teile aus den benachbarten württembergischen Bezugsgebieten, die von jeher und bestritten zu dem Milchlieferanten der Stadt gehört haben. Darüber hinaus sind jetzt noch württembergische Molkereien vertraglich zur Milchlieferung verpflichtet. Diese Lieferungen sind im Jahre 1925 aufgenommen worden, als einige badische Abwaschereisenschaften die Milchlieferung plötzlich verweigerten. Die ursprünglichen Zusammenhänge sind dem Milchproduzentenverein bekannt. Um die Milchlieferungen aus württembergischen Landesteilen an badische Städte neu zu regeln, haben am 20. Februar 1930 in Stuttgart Verhandlungen zwischen zahlreichen Organisationen stattgefunden. Als Ergebnis dieser Verhandlungen sind in den Zeitungen bekannt gegeben, daß es wünschenswert ist, wenn an dem württembergischen Milchbezugs nach Baden, abgesehen von wenigen fahrenden Einzelfällen, nicht gerührt werde. Dieses die Milchlieferung aus zwei württembergischen Molkereien in gegenseitigem Einverständnis abstellen.

Es trifft sich gerade gut, daß in der zuletzt erschienenen Nummer 1 der Zeitschrift „Badischer Bauer“ vom 7. Januar d. Js. die Milchpreispolitik der Stadt Karlsruhe an der Tagesordnung und Erwähnung wird. Daher kann von einer weiteren Erklärung abgesehen werden.

Vorsicht bei Stellenangeboten

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Karlsruhe, wird uns geschrieben: In der Bad. Presse Nr. 20 vom 13. Januar 1931 ist folgende Annonce zu finden:

Wahrscheinerei
Somburg sucht per sofort einen Schneidergesellen auf Groß- und Kleinstück, auch solche, die sich ausbilden möchten, gute Handfertigkeit besitzt und zeitweise den Meister vertreten kann. Lohn: von 10 Uhr bis 12 Uhr. Voran: bei S. Maltzburgerstraße 69, 2. St. Karlsruhe.
Die Annonce ist glänzend. Somit werden nur erstklassige Schneider gesucht, die wirklich selbstständig sind. Hier aber kann es ein Lehrling, Kleinstückmacher oder einer sein, der es werden

möchte. Die Hauptsache ist, er hat 1000 M. Scheinbar kann hier einer Geld gebrauchen.

Es haben sich nun Schneider um diese obengenannte Stelle beworben, sie mußten aber sofort erkennen, daß hier ein aufgeflegter Schein vorliegt. Uns wird die Sache gemeldet und wir warnen hiermit jeden Kollegen, sich auf solche Anzeigen zu melden. Jeder Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft nur um Lohn. Er hat es nicht nötig, seinem Arbeitgeber auch noch 1000 M. zur Verfügung zu stellen. Sowie wir erfahren, daß auch die Staatsanwaltschaft eingegriffen. Es wäre zu wünschen, daß gegen solche Verträge der Ausbeutung strengstens eingeschritten wird und zwar gegen den Ausbeuter der Ammonie, sowie Mittelspersonen. Der Bad. Presse aber möchten wir raten, vorsichtiger zu sein mit solchen klaren Scheinverträgen. Oder ist das neueste Niveau ihrer Leser so klein, daß ihnen alles vorgelegt werden kann? Die Hauptsache bleibt der Bad. Presse wohl das Gesicht.

Gewerkschaftler, Parteigenossen, Parteigenossen, Republikaner

Der Ortsauschuß des DGB. hat beschlossen, bei genügender Beteiligung am Sonntag, den 25. Januar 1931, in Straßburg den Film „Am Besten nichts Neues“ zu besichtigen.

Der Film läuft bis einschließlich 26. Januar 1931 im Palast-Kino in Straßburg. Je nach Beteiligung erhalten wir von der Direktion für reduzierte Preise Ermäßigungen.

Die Abfahrt erfolgt nach Rehl von Karlsruhe vormittags 9.40 Uhr (beigekleimter Perlenzug), Ankunft Rehl 11.28 Uhr. Von dort über den Rhein nach Straßburg, wo das Mittagessen in verschiedenen Lokalen eingenommen werden kann. Um 3 Uhr (französische Zeit) Anfang der Filmvorstellung, Schluss gegen 6 Uhr. Rückfahrt 21.37 Uhr (deutsche Zeit ab Rehl) Elzau oder 20.12 Uhr (französische Zeit) ab Straßburg.

Fahrtpreis (Sonntagsfahrkarte) bis Rehl 4.20 M. Fahrpreis (Sonntagsfahrkarte) bis Rehl 4.20 M. Der Vortag wird bereitwillig vom französischen Konsulat hier, Bernhardsstraße 19, für 1 M. ausgestellt. Für Auswärtige kann das Bium durch das Arbeitersekretariat besorgt werden. In diesem Fall Paß einreichen. Der Film selbst ist ein Ereignis. Er läuft in Straßburg seit 6 Wochen täglich dreimal bei freier Ausverkaufung aus. Besonders auch Frauen und Mädchen bitten wir um Beteiligung.

Meldungen bis längstens Mittwoch, den 21. Januar, schriftlich an das Arbeitersekretariat, Schützenstraße 18, erbeten. Bei starker Beteiligung werden Gesellschaftswagen bereitgestellt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — Ortsauschuß Karlsruhe

Die Polizei berichtet:

Wegen Sittlichkeitsverbrechen

wurde ein lediger Bäcker in seiner Wohnung hier festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Er hatte sich an einem neun Jahre alten Mädchen vergangen, nachdem er es durch Verpfändungen an sich gelockt hatte.

Brand

Am Freitag nachmittag wurde die Feuerweh nach dem Grundstück Mollstraße 11 gerufen, wo im Gewächshaus einer Gärtnerin Feuer ausgebrochen war. Das Gewächshaus brannte zum Teil nieder. Die Feuerweh konnte nach halbstündiger Tätigkeit wieder abrücken. Der Gärtner beklagt einen Sachschaden von etwa 2000 Mark. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Verkehrsunfall

Am Freitag nachmittag fuhr der Führer eines Personenkraftwagens beim Einbiegen von der Karlstraße in die Vorholzstraße infolge falscher Fahrweise eine 60 Jahre alte verheiratete Frau von hier an und warf sie zu Boden. Die Frau trug leichte Hautabrisse und eine Brüllung am Beckenboden davon, konnte jedoch ihren Weg nach Hause allein fortsetzen.

Unfall

Ein 62 Jahre alter Beamter kam am Freitag nachmittag in der Eitlinger Allee vermutlich infolge Schwindels zu Fall, wobei er sich starke Hautabrisse und blutunterlaufene Stellen auso. Mittels eines Handwagens brachte man den Verletzten zu einem Arzt in der Eitlinger Straße, der ihn mittels Kraftröhre nach Hause bringen ließ.

Diebstähle

In den letzten beiden Tagen wurden drei Fahrraddiebstähle angezeigt. Außerdem wurde eine Reihe von kleineren Diebstählen gemeldet.

Die Geschäftshuber vom Hakenkreuz

Ein Geschäftsmann schreibt uns:

Gestern wurde mir ein Prospekt über den Führer herbeigekommen. Das Blatt trägt das Datum vom 13. 12. 30. Abonnementsladung lag bei. Zuerst kam mir die Auffassung der reichlich überfüllten Nummer merkwürdig vor. Als ich das Blatt aber genauer beäugelte, merkte ich, wo Daniels den Wolf holen will. Es ist eine Wirtshausnummer, die bei 8 Seiten Text 6 Seiten Bilder hat.

Mit solchen absichtlich herangezogenen Ladenaheiten aus letzten Inserationsseiten soll den Inferenten vorge-saubert werden, welche vorteilhaftes Inserationsorgan der Führer sei.

Und so was schimpft täglich in vollen Brusttönen über Gaunerei und über Verübung der Teufelischen Nation!

Wintersportler, übt Selbstschutz

Die Bergmacht schreibt uns: Mit Eintritt der winterlichen Witterung und des Schneefalls in den Höhenlagen der Schwarzwaldberge hat sich naturgemäß am Samstag-Sonntag ein sehr sportbegehrter Winter des Schneehubports eingestellt. Die Bahn war gut besetzt, die Autos und Höhenomnibusse haben die gefüllten mehrfachen Fahrten in die Höhen unternommen, und die Höhenabfahrer hatten reichlich zu tun. Allen sei das Geschäft gedankt, mit dem Wunsch, daß noch recht viele Sonntage in den nächsten Wochen dem Schneehubport-ermöglichen. Mit der Masse der Schneehubfahrer sind auch wieder einige Entschleunigungen zu verzeichnen. Abgesehen von ganz unwedemäßiger (meist zu leichter) Kleidung, angefangen vom Schuh bis zur Mütze, ist vielfach das sportliche Verhalten zu rügen. Sport verlangt in erster Linie Selbstschutz, die leider bei der oft allzu egoistischen Einstellung vieler Menschen ara zu kurz kommt.

Zu rügen wäre auch noch die unrichtige Einhaltung der Fahrtrichtung. Auf Wegen und bei Abfahrten teils rechts ausweichen, rechts abgeben. Ganz besonders aber wirkt es unglücklich, wenn auf dem Schnee überall Drangenenshaken, Papiere, Schachteln aller Art usw. zu finden sind. Wer so die Landschaft verunreinigt, handelt unpatriotisch und soll lieber zu Hause bleiben. Wegen doch alle Sportreize dazu beitragen, daß im Sommer wie im Winter die Natur rein bleibt. Bergwanderer, die zu wenig, überall können sie nicht sein, darum sollen alle Wanderer mitbringen, das Abfälle

Papier usw. in der Natur unsichtbar bleiben, eventuell im Rucksack untergebracht werden.

Von einer anderen Artigung muß weiter noch gewarnt werden. Viele Schilfläufer fahren durch junge Anpflanzungen und Schonungen. Das ist verboten. Bei dem weichen Schnee und der strengen Kälte wird ungeachtet großer Schäden angerichtet, da die jungen Tannen die Glas abbrechen, wenn der Schilfläufer über sie hinwegfährt. Also aus den Schonungen herausbleiben! Das ist ja zum Ueberflus durch Tafeln erkenntlich gemacht und sollte für einen rechten Sportler eine Selbstverständlichkeit sein.

Weiter wäre noch der Tierwelt im Walde zu gedenken, die im Winter ihre schlimmste Zeit erlebt. Nicht laut rufen oder gar schreien! Den Vögeln im Walde bringe Futter mit, lege es auf trockenen unverschneiten Plätzen aus. Jage nie ein Reh oder anderes Getier, sie führen einen harten Lebenskampf im Winter und sind oft stark entkräftet. Gehe diesen scheuen Tieren aus dem Wege oder warne sie mit einem Loh, bis sie sich entfernt haben. Du wirst dir selbst dankbar sein, das Leben im Walde in Ruhe und Stille geacht zu haben.

Also mehr rechten Sportgeist mit hinausnehmen, einer sage es dem andern, einer achte auf den andern, das gilt auch für die Schiffläufer und die übrigen Damenwelt, die oft gerne Ausnahmen für sich in Anspruch nehmen.

Aber stets hinaus mit frohem Herzen, offenen Augen und klarem Denken und recht viel getrunken aus der Kraftquelle der Natur, damit man neu gekräftigt und mit heilerem Gemüt zu den Seinen und an die Arbeitsstätte zurückkehren kann.

Internationale Ringkämpfe im Colosseum

Im Mittelpunkt des zweiten Januarprogramms des Colosseum stehen zwar die großen Ringkämpfe. Auszeichnung um die Weltmeisterschaft 1931, allein auch das den Kämpfern vorausgehende Programm macht schon den Besuch unserer landeshauptstädtischen Varietébühne lohnend. Direktor Künzler hat wieder eine glückliche Hand gehabt in der Auswahl und Zusammenstellung des Programms. 4 ausgesprochene Zugnummern geben den Ringkämpfern voraus. Der Grotesk-Musikal-Clown Giovanni Martini eröffnet nach einigen ausgezeichnet gespielten Musikstücken der Hauskapelle das Programm. Der Künstler zeichnet sich vor allem durch eine musikalische Vielseitigkeit aus; er beherrscht eine ganze Reihe Instrumente meisterlich und unterhält die Zuhörer aufs Beste. 2 Benz sind akrobatische Springer erster Qualität, die sich durch eine große elastische Gewandtheit auszeichnen, und deren Leistungen alleinige Anerkennung finden. Weit über den Durchschnitt ragt die internationale Feuertanz-Revue Kelly and Jones Co., eine Anzahl Damen, die durch ausgezeichnetes tänzerisches Können ausfallen. Die Aufmachung der Revue verrät großen künstlerischen Geschmack, die Kostüme zeichnen sich durch prächtigen Farberreichtum aus, wie überhaupt der ganze bunte Rahmen einen durchaus vornehmen Charakter trägt. Die Tänzerinnen sind ausgezeichnete Akrobaten, die in allen Tanzarten Meisterinnen sind. Unter den 8 Bildern, die die Tanzrevue bringt, ist aber auch nicht eine einzige Niete. — Als letzte Varieté-Attraktion stellt sich ein einziger Akt vor, ein Junge von 11 Jahren, ein Kind nach dem Kräfte eines Athleten. Man sieht bei den Leistungen des Jungen wie er einem Kiesel. Eine mehrere Millimeter dicke Eisenkette vertritt er sich für Glied, oder heißt sie durch eine Eisenkette liegt er zu einer Spirale. Ehrliche Bewunderung und unerschütterliches Staunen erröten diese Meisterleistungen Helmut Lohrerfelds.

Den zweiten Teil des Programms bilden die Ringkämpfe. 17 Kämpfer stellten sich gestern vor: herkulische Gestalten, Namen mit internationaler Klang. Vertreter Deutschlands, Polens, Litauens, von Majoren, Amerika, Slowakei, Elch-Volbringen, Österreich, Ungarn und Tschechien. Weitere Anmeldungen sollen noch folgen. Am geistigen Abend trat zuerst der 200 Pfund schwere Damburzer Schwarzbauer gegen den 255 Pfund schweren Prohaska aus der Slowakei an. Prohaska blieb nach 12 Minuten Sieger. Dann folgte der Bayer Bogmann gegen den Litauer Kubrus. Der Kampf wurde nach 25 Minuten als unentschieden abgebrochen. Als letztes Paar betrat der Pole Kisch und der Majure Bierholz die Matte. Der Pole wurde nach 13 Minuten Sieger. Das Publikum folgte mit Spannung den Kämpfen. Es wird 14 inannungsvolle Tage im Colosseum geben.

(*) Im Haus der Gesundheit, Karl Wilhelmstraße 1, beginnen neue Kurse für Mütter und junge Mädchen über Gesundheitspflege und Erziehung im Kindesalter. Ein Nachmittagskurs findet ab 26. Januar 1931 jeweils Montags und Donnerstags von 1/2 bis 1/2 Uhr statt; ein Abendkurs ab 10. Februar 1931 jeweils Dienstags und Freitags von 20-22 Uhr. Beide Kurse umfassen 16 Doppelstunden und übermitteln theoretisch und praktisch die wichtigsten hygienischen Kenntnisse für den Hausgebrauch. Außerdem beginnt am 28. Januar 1931, 20 Uhr ein Spiel- und Lieberkurs zur Einführung in Kinderreize und -spiele. Anmeldungen nimmt das Haus der Gesundheit, Telefon 6580, entgegen. Näheres in Inserat.

40jähriges Dienstjubiläum. Der in der Geldbelleffung tätige Oberpostsekretär Karl Schäfer konnte sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Er erhielt die Ehrenurkunde des Reichspräsidenten.

(*) Rent Eperanto! — Kostenloser Anfängerkurs für Eperanto. Das jüngste Glied unserer hiesigen Arbeiterbewegung, der „Sozialistische Eperanto-Bund“ (SEB), veranstaltet einen Anfängerkurs zur Erlernung der Welthilfsprache Eperanto. Das Eperanto schon längst keine Utopie mehr ist, beweist seine große Verbreitung in allen Kulturstaaten der Welt und seine vielen offiziellen Anerkennungen durch Regierungen und Behörden der verschiedensten Staaten. Auch unsere internationalen Arbeiter-Organisationen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Einführung des Eperanto zu fördern. Der „offiziellen“ (d. h. der amtlichen) Einführung beim Völkerbund und in den einzelnen Staaten steht z. Bt. nur noch die derzeitige, nationalistische Einstellung verschiedener europäischer Regierungen entgegen. Diese Hindernisse zu beseitigen ist Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung. Aber bis dieses Ziel erreicht ist, dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen und abwarten, sondern müssen bis dahin eine gewaltige Pionierarbeit unter der Arbeiterbewegung verrichten. Der sozialistische Eperanto-Bund hat es sich im Sinne dieser Pionierarbeit zur Aufgabe gemacht, Eperanto-Lehrkurse unter der sozialistischen und freigewerkschaftlich eingestellten Arbeiterbewegung zu veranstalten. Ueber die Bedeutung, welche Eperanto als internationales Verständigungsmittel für unsere Arbeiterbewegung hat, braucht weiter nichts gesagt zu werden, denn sie ist für uns alle offensichtlich und bekannt. Darum sollte jeder aufgeklärte Arbeiter die Gelegenheit, die ihm jetzt geboten wird, ergreifen und sich für den Kurs des SEB anmelden, zumal dieser ja vollständig kostenlos ist und daher von jedermann, also auch von Erwerbslosen, besucht werden kann. Alles Nähere im Inserat der heutigen Ausgabe.

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Karlsruhe. Wir verweisen auch an dieser Stelle nochmals auf die morgen, Sonntag, 18. Januar, halb 10 Uhr, im Gartenaal des Friedrichshof stattfindende öffentliche Versammlung, in welcher der Vorsitzende des Deutschen Freidenkerverbandes, Gen. M. Sievers, Berlin, über „Religion und Sozialismus“ sprechen wird. Das Thema dürfte in Hinblick auf die kommenden kulturpolitischen Auseinandersetzungen von großer Bedeutung sein und allgemeinem Interesse beansagen. (Siehe auch Inserat in der vorstehenden Nummer.)

(*) Platzmarkt der Feuerwehkapelle morgen Sonntag am Kriegereck beim Eitlinger Tor 1/2 12 Uhr.

Für den Herrn im Inventur-Ausverkauf

Herren-Unterhosen macofarbig, Nr. 4	110
Herren-Unterhose acht Maco, Nr. 4	
Herren-Unterjacke macofarbig, Nr. 4	95
Herrenschirm	
Herren-Nachthemd weiß Pique, mit Kragen	340
3 Stück Stehmüge-Kragen halbsteif, „Bietelder Fabrikat“	
Burchards Reklame-Einfaltzhemd mit elegantem Einsatz, Nr. 4	155
Herren-Handschuhe Reisposten, bunt Trikot	

Burchard

KURT WENZEL

staatl. gepr. Dentist

wohnt jetzt
Steinstraße 23

Zu den Kassen zugelassen

Amtliche Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Rupp u. Moeller, Steinwerke in Karlsruhe, Durlacher Allee 29, wurde heute nachmittags 3 1/2 Uhr das Versteigerungsverfahren zur Abmündung des Konkurses eröffnet. Zur Versteigerungsperiode wurde Bürgermeister Eugen Bacher, Karlsruhe, Bodestr. 24, bestellt. Zu Mitgliefern des Gläubiger-Ausschusses wurden bestellt: Oberbürgermeister a. D. Siegfried hier, Händelstraße, Bankdirektor Lutz hier, Deutsche Bank u. Diskontogesellschaft, Bundesruhereiterer und Stadtrat Lang hier, Bismarckstraße 164, Holzhandler Jach, Brühlstraße, Hof Harrack und Fabrikant Goerbelier, Frankfurt a. M., Edenheimerstraße 165. Der Schuldner wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 B. D. allgemein verboten, über die Vermögensgegenstände der Firma oder das Privatvermögen ohne Zustimmung der Versteigerungsperiode zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Versteigerungsplan wurde bestimmt auf: Freitag, den 13. Februar 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Abteilungsamt Nr. 8, I. Stock, Zimmer Nr. 40. Der Antrag auf Eröffnung des Versteigerungsverfahrens nicht anhängen und das Ergebnis der angeordneten Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle Zimmer Nr. 41 zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt. Karlsruhe, den 15. Januar 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Der wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche im Farrenfall in Karlsruhe-Darlanden gebildete Seuchezusatzkommission wird auf den Farren-, Eber- und Bockfall befristet. Die übrigen Gebiete des Stadtteils Karlsruhe-Darlanden gelten als Beobachtungsgebiet mit den sich hieraus ergebenden Wirkungen. D. S. 5 Karlsruhe, den 15. Januar 1931. 253 Badisches Bezirksamt, Volksheimstr. 6.

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Esplanadest. 12, III. Stock
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils von 6-7 Uhr

JEDER HERR SAMSTAG ZU KNOPF!

Enorm billige Herren-Artikel im Inventur-Ausverkauf

Herren-Clubmützen blau	0.95
Herren-Hüte 2. Wahl	2.45
Selbstbinder moderne Muster, reine Seide	1.45
Herren-Oberhemden weiß und farbig, mod. Muster, unterlegte Brust	2.75
Herren-Oberhemden weiß, durchgehend gemustert, unterlegte Brust	3.90
Herren-Regenmäntel Raglan mit Rundgurt, garantiert wasserdicht	9.75

SCHUHE

Damen-Schuhe in vielseitiger Auswahl schwarz, farbig, Lack	3.90
Herren-Schuhe Halbhochsch. u. b. 6.90 Spitzstief. 8.90 Rahmen- 11.75 Boxcall 9.75 schw. u. b. Doppels.	
Kinderschuhe, Hausschuhe, Ueberschuhe u. Turnschuhe enorm billig auf Tischen ausgelegt	

KNOPF

Praxis-Eröffnung

als **Facharzt für Orthopädie**

Dr. med. Hubert Waldmann

Karlstraße 34, Haltest. Karlsruher Sprechzeit 4-6 Mi. u. Sa. 14gl. n. Verelnb. (Tel. 46)

Ich habe mich in Karlsruhe als

Rechtsanwalt

niedergelassen und bin beim Amts- und Landgericht Karlsruhe sowie bei der Kammer für Handelssachen in Pforzheim zugelassen. Meine Büroräume habe ich gemeinsam mit Herrn Rechtsanwalt Karl Peter im Hause Kaiserstraße 241 u. Telefon-Nr. 2732.

Dr. Albert Krämer, Rechtsanwalt

Farben Lacke etc.

gebrauchsfertig für Anstriche aller Art vorteilh. I. Farbenn. Wannen Waldstr. 15, b. Colosseum

Möbelstretzer

23 Jahre, firm in best. Arbeit, gewandter Arbeiter, vertr. mit Maschinen, zuletzt Möbelstuhl, Kettstein (Lohn) auch Stellung, Gustav Sorenz, Hirtlingen bei Bretten. 258



Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5.

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands
Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RMk. Versicherungssumme, 125 Millionen RMk. Vermögen davon Eigentum der Versicherten. Prämienreserve über 85 Millionen RMk Gewinnanteile über 20 Millionen RMk zusammen **über 105 Millionen RMk.** Versicherungsleistungen: Über 11 Millionen RMk seit November 1923 (Ende der Inflation). Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe Schützenstraße 16; Schramberg i. Würtemb. Volkshaus, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5. An der Alster 57-61

Konturswarenausverkauf

Vom Montag, den 19. ds. Mts. jeweils nachm. 2 Uhr ab, werden Steinstraße 21, eine Treppe hoch bei Blumenletter Herrenmantel- und Herrenanzugstoffe mit 40% Preisermäßigung ausverkauft.

Der Konturswarenleiter: Johann Nist

Strümpfe

werden angefertigt. Alte Strickklachten umgearbeitet pro Reuanverrichtungen bill. Bismarckstr. 25, 3. St. 12 Zimmerhöhe ger. rauch, zu laufen gef. Angebote unt. Nr. 1200 an d. Volksfreundbüro.

Hausputzern

die Haus- und Gartenarbeit besteht, nicht unter 40 Jahre, Heirat nicht ausgeschlossen. Angebote unter 1209 an das Volksfreundbüro.

Warum denn grübeln

ob in der nächsten Saison das Geschäft so florieren wird wie gestern und heute. Sie brauchen sich diese Sorgen nicht zu machen, wenn Sie den Lesern durch die Zeitungsanzeige zurufen, daß Sie leistungsfähig sind, gut bedienen und wirkliche Qualität zu günstigen Preisen liefern. Dauernde Infektion muß daher für Sie der Weg zum Käufer sein.

Erklärung

Zu von unserem Verlag herausgegebenen Broschüren **Kampf dem Hakenkreuz** von Adolf Schlucks

und **„Der Volksbetrug der Nationalsozialisten“**

REDE DES REICHSTAGSABGEORDNETEN STAATSANWALT DR. HOEGNER, VORSITZENDER DES PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES IN MÜNCHEN

haben, mir vorzusuchen war, bei den sog. Führern der Nazis größte Klarheit und Vermittlung hervorgerufen. Dank dem unerschütterlich unanfechtbaren Tatsachenmaterial über die ersten Tätigkeiten der Nazis sind die moralische Konzeption einer ganzen Reihe hervorragender Nazi-Führer.

Wie aus vorläufiger Seite mitgeteilt wird, werden bereits die üblichen Drohungen gegen uns ausgesprochen. Man will sogar mit Hilfe des Kadi versuchen, die rampantierte Ehe der diversen gekennzeichneten Führer-Garnituren wieder zu flicken und die Macht des Tatsachenmaterials damit abzuschwächen.

Seit man bisher die Nazis kennen gelernt hat, wird es bei den Drohungen bleiben. Sie werden nicht die Courage aufbringen, zum Kadi zu laufen. Der Verlag wird nicht dadurch, nicht in die Lage kommen, das unschätzbare Tatsachenmaterial der Broschüren vor Gericht noch deutlicher zu erweisen.

Das Witzwort über die Einwirkung, den die beiden Broschüren ausgelöst haben, ist aber verständlich, wenn man weiß, dass diese bereits in den ersten 8 Tagen im ganzen Deutschen Reich einen Massenabsatz gefunden, als mit einer Bombe eingeschlagen haben.

Adolf Schlucks

LEITER DES VERLAGES J. H. W. DIETZ, NACHFOLGER G. M. & H.

Die beiden Broschüren sind zum Preise von je 20 Pfennig bei uns zu haben

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe (Baden), Waldstraße 28

Pfänder-Versteigerung

Am Mittwoch, 21. Jan. 1931, vormitt. von 9 Uhr u. nachmitt. von 1 1/2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal im Stadt. Volkshaus Schwabenstr. 6, 2. St. die öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Mai 1930 Nr. 15 154 bis mit Nr. 19441 gegen Barzahl. statt.

Jahrzähler, Nähmaschinen, Koffer, Schubert, Herren- u. Damenkleider, Wäsche, Stoffe, Bekleid., Feldstecher, gold. und silb. Uhren, Juwelen, Musikinstrumente usw. Fabrik- und Nähmaschinen kommen Mittwoch 14 Uhr mittags zur Versteigerung.

Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt an dem Versteigerungstage, und am Tage vorher nachmittags geschlossen. 216

Karlsruhe, 22. Dez. 1930

Stadt. Pfandleihkasse

Nehmt Musikunterricht

d. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen Musikerverbandes Lehrerausschuss erhält. In den Musikalienhandlungen

Gaggenauer Anzeigen

Wärmestube.

Vom Montag, den 19. d. M., an wird die Wärmestube im alten Postgebäude in Betrieb sein, wenn und soweit noch kalte Witterung vorhanden ist.

Gaggenau, den 16. Januar 1931.

Der Bürgermeister: Schneider

Verkauf von freibest. Saatkartoffeln.

Für die kommende Frühjahrsaat haben etwa 90 Ztr. freibest. Saatkartoffeln der Fenner zu 4.50 anschießlich Anführer für Verfügung. Diese Saatkartoffeln sind weitestgehend als in den Vorjahren, weshalb es zweckmäßig erscheint, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen. Es wollen daher diejenigen, welche Saatkartoffeln im Frühjahr bepflanzen wollen, ihren Bedarf jetzt schon anzukauf bis spätestens

Montag, den 19. d. M., bei Herrn Regele anmelden.

Gaggenau, den 16. Januar 1931.

Der Bürgermeister: Schneider

Vertretung des Bürgermeisters

Mit Wirkung vom 18. d. M. an wird der Unterzeichnete während seines Geschäftsurlaubes durch Bürgermeistervertreter Valentin Britz vertreten. Geschäftsstunden werden für die Zeit von Montag 2-6 Uhr angelegt.

Gaggenau, den 18. Januar 1931.

Der Bürgermeister: Schneider